



STATISTISCHE
MONATSHEFTE
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Inhaltsverzeichnis 1973

25. Jahrgang

- A. Grafik des Monats
- B. Titelverzeichnis
- C. Schlagwortverzeichnis

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Vereinnahmt
in der Bücherkartei
Sign. U-I-b-1/3
Kiel, den 4.7.1977 Ericksen

Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

A. Grafik des Monats

	Heft
Bundestagswahl 1972 in Schleswig-Holstein nach Alter und Geschlecht	1
Studienwunsch und Studienwirklichkeit in Schleswig-Holstein	2
Die Anteile der Länder an den Bundessummen 1971	3
Berufspendler in Schleswig-Holstein am 27. 5. 1970	4
Das Bevölkerungsgeschehen in Schleswig-Holstein in den letzten 130 Jahren	6
20 Jahre Preisentwicklung	7
Landeshaushalt 1973	8
Studenten in Schleswig-Holstein	9/10
Bevölkerungsveränderung in den Gemeinden vom 6. 6. 1961 bis 27. 5. 1970	11/12

B. Titelverzeichnis

	Heft/Seite		Heft/Seite
Abiturienten, Berufswünsche der -, die nicht studieren wollen	9/201	Ausländer, Altersaufbau, Eheschließungen und Geborene der - in Schleswig-Holstein	2/30
Ackerbau, Strukturdaten des schleswig-holsteinischen -s 1971	8/186	Bauhauptgewerbe, Langfristige Wandlungen im -	3/56
Alten- und Pflegeheime 1972	6/140	Bautätigkeit und Baugenehmigungen 1972	7/149
Arbeitsverdienste, Die Entwicklung der - 1968 bis 1972	8/188	Berufspendler, Räumliche Struktur der - in Schleswig-Holstein	8/170



STATISTISCHE
MONATSHEFTE
SCHLESWIG - HOLSTEIN

Verzeichnis der Beiträge

1971 - 1973

(23. - 25. Jahrgang)

Gebiet und Bevölkerung	Handel und Gastgewerbe
Gesundheitswesen	Verkehr
Bildung und Kultur	Geld und Kredit
Rechtspflege und öffentliche Sicherheit	Öffentliche Sozialleistungen
Wahlen	Öffentliche Finanzen
Erwerbstätigkeit	Preise
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Löhne und Gehälter
Unternehmen und Arbeitsstätten	Versorgung und Verbrauch
Industrie und Handwerk, Energiewirtschaft	Volkswirtschaftl. Gesamtrechnungen
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	Verschiedenes

Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

GEBIET UND BEVÖLKERUNG

Altersgliederung, Die – der schleswig-holsteinischen Bevölkerung	72/1/10
Ausländer Die – am 30. September 1970	71/1/15
– in Schleswig-Holstein am 31. Dezember 1971	72/8/187
Altersaufbau, Eheschließungen und Geborene der – in Schleswig-Holstein	73/2/30
Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein seit 1939	72/2/27
Bevölkerungsvorausschätzung, Langfristige – für Schleswig-Holstein (Teil 1)	71/7/118
(Teil 2)	72/1/22
Geburtenrückgang und schwindender Geburtenüberschuß auch in Schleswig-Holstein	71/4/71
Religionszugehörigkeit, Die – der schleswig-holsteinischen Bevölkerung am 27. 5. 1970	72/5/95
Telefon in Privathaushalten	72/7/163
Terminologie der Volkszählung 1970, Zur bevölkerungsstatistischen –	73/4/78
Urlaubs- und Erholungsreisen – nach Schleswig-Holstein	71/3/51
– 1970	72/8/184
Volkszählungen und amtliche Fortschreibung der Einwohnerzahl	72/4/70

GESUNDHEITSWESEN

Gestorbene, Die –n 1971	73/9/209
Krankenhauswesen, Über das – am 31. 12. 1971	72/11/224
Krankheiten, Erkrankungen an Geschlechts– 1971	72/9/203
Unfälle mit Todesfolge 1969	71/3/53

BILDUNG UND KULTUR

Abiturienten – 1971	71/8/139
Berufswünsche der –, die nicht studieren wollen	73/9/201
Soziale Herkunft der Schüler, Die –	71/5/108
Studenten, Zur Bildungswanderung der –	73/9/194
Volkshochschulen, Die Arbeit der – in Schleswig-Holstein	73/5/98

RECHTSPFLEGE UND ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Rechtspflegestatistiken, Die –	72/6/138
Vergehen im Straßenverkehr 1971	73/7/165

WAHLEN

Bundestagswahl am 19. 11. 1972 in Schleswig-Holstein	72/11/217
Bundestagswahl 1972, Die – in Schleswig-Holstein Teil 1: Wahlkreisergebnisse	73/1/2
Teil 2: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht	73/2/26
Teil 3: Regionale Ergebnisse	73/4/74
Teil 4: Vergleich mit der Landtagswahl 1971	73/5/113
Landtagswahl 1971 – in den Kreisen und Gemeinden sowie nach Bundestagswahlkreisen	71/7/121
Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht	71/8/143

ERWERBSTÄTIGKEIT

Berufspendler, Räumliche Struktur der – in Schleswig-Holstein	73/8/170
Erwerbstätige, Die –n im April 1970	71/1/10
Erwerbstätigkeit in Schleswig-Holstein am 27. 5. 1970 (Teil 1)	72/11/218
(Teil 2)	73/11/218
Pendelwanderung in Schleswig-Holstein	72/9/191

LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI

Ackerbau, Strukturdaten des schleswig-holsteinischen –s 1971	73/8/186
Anbau und Enteaussichten 1971	71/8/159
Betriebe Größenstruktur der land- und forstwirtschaftlichen – 1970	71/2/26
Landwirtschaftliche – 1960 und 1971	72/1/2
– mit Waldflächen 1971	72/9/205
Die Ermittlung der Produktionsrichtung und des Betriebseinkommens der land- und forstwirtschaftlichen –	73/5/103
Binnenfischerei, Die – 1972	73/7/162
Ernte, Die –n 1971	72/7/157
Erwerbsobstbau, Die Entwicklung des –s	73/9/214
Geflügelhaltung in den landwirtschaftlichen Betrieben 1971	73/3/71
Gemüse, Der Anbau von – auf dem Freiland	72/3/65
Getreide- und Ölfruchternte 1970	71/2/28
Gewächshausfläche, 112 Hektar –	73/6/144
Handelsdüngeraufwand in der Landwirtschaft	71/3/56

Landwirtschaft, Entwicklungen in der – 1964/65 bis 1970/71	72/11/234
Maschineneinsatz durch landwirtschaftliche Lohnunternehmer 1971	73/4/85
Milchviehhaltung, Veränderungen in der –	71/9/163
Molkereiwirtschaft im Wandel	73/6/128
Rindviehhaltung, Die – in Schleswig-Holstein 1971	72/11/237
Schweinehaltung Die – in Schleswig-Holstein 1971	73/2/45
Entwicklungen in der –	73/6/123
Viehwirtschaft, Zur – 1970 und den Aussichten für 1971	71/8/156
Zusammenarbeit in der Land- und Forstwirtschaft, Überbetriebliche – Schleswig-Holsteins 1971	73/11/234

UNTERNEHMEN UND ARBEITSSTÄTTEN

Arbeitsstätten – und tätige Personen in den kreisfreien Städten 1961 und 1970	71/10/198
Nichtlandwirtschaftliche – 1970	72/6/119
Gesellschaften mbH, Umfangreiche Neugründungen und Kapitalerhöhungen bei – im Jahre 1971	72/5/116
Unternehmen, Nichtlandwirtschaftliche – 1970	72/7/143

INDUSTRIE UND HANDWERK, ENERGIEWIRTSCHAFT

Industrie – in Schleswig-Holstein 1970	71/2/43
Die Entwicklung der schleswig-holsteinischen – im Jahre 1972	73/3/50
Mehr Fachkräfte, weniger Hilfsarbeiter in der –	73/11/230
Industrieproduktion auf vollen Touren	73/7/167
Industrie und Handwerk in wirtschaftssystematischer Sicht	73/4/80
Investitionen – im Handwerk 1967	71/3/60
– im warenproduzierenden Gewerbe 1967 bis 1970	72/8/167
– im warenproduzierenden Gewerbe 1971	72/11/227
– in schleswig-holsteinischen Industriebetrieben 1971	73/3/53
Maschinenbau, 2 000 Beschäftigte mehr im –!	71/10/207

BAUWIRTSCHAFT, GEBÄUDE UND WOHNUNGEN

Bauhauptgewerbe, Langfristige Wandlungen im –	73/3/56
Bautätigkeit – 1970 und im Rückblick	71/10/187
– 1971	72/8/178
– und Baugenehmigungen 1972	73/7/149

Gebäude und Wohnungen 1968 – nach Gemeindegrößenklassen	71/2/33
– Vergleich Schleswig-Holstein und Bundesgebiet	72/2/34
Mieten, Die Struktur der – in Schleswig-Holstein	72/1/5
Sozialer Wohnungsbau 1971	72/7/146
Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand – 1971	72/11/240
– 1972	73/4/90
Wohngeld – 1969/70	71/2/39
– 1970	72/5/114
Wohnungsbau in Schleswig-Holstein nach dem Kriege	73/3/65
Wohnverhältnisse der älteren Einwohner, Die –	71/7/131

HANDEL UND GASTGEWERBE

Außenhandel, Der – Schleswig-Holsteins	72/6/134
Fremdenverkehr Der – 1969/70 und seine Entwicklung ab 1951 (Teil 1)	71/7/124
(Teil 2)	71/9/176
Der – im Jahre 1972	73/6/135

VERKEHR

Binnenschifffahrt, Die – im Jahre 1968	71/4/86
Bundesstraße, Welche – ist am sichersten?	71/5/96
Kraftfahrzeugbestand, Die Entwicklung des –es	73/9/206
Nord-Ostsee-Kanal Der Verkehr auf dem – in den Jahren 1969 und 1970	71/4/82
Die Verkehrsentwicklung auf dem – im Jahre 1971	72/5/106
Der Schiffs- und Güterverkehr auf dem – im Jahre 1972	73/7/155
Seeschifffahrt, Die – im Jahre 1968	71/10/202
Straßenverkehrsunfälle, Die Entwicklung der – mit Personenschaden in Schleswig-Holstein	73/1/11

GELD UND KREDIT

Boden- und Kommunalkreditinstitute, Die – in Schleswig-Holstein und im Bund im Jahre 1970	71/8/152
Spareinlagen, Die Entwicklung der – in den Jahren 1970 bis 1972	73/4/92
Zahlungsschwierigkeiten, Die – in den Jahren 1968 bis 1971	73/1/19

ÖFFENTLICHE SOZIALLEISTUNGEN

Alten- und Pflegeheime	71/8/146
– 1972	73/6/140

ÖFFENTLICHE FINANZEN

Bruttolöhne der Arbeitnehmer und ihre Besteuerung, Die – im Jahre 1968	71/4/73
Einkommen der Körperschaften, Das – und seine Besteuerung im Jahre 1968	72/7/148
Einkommensteuerepflichtige Über 225 000 – in Schleswig-Holstein	71/10/207
Die Schichtung der Lohn- und –n und ihrer Einkünfte 1968	72/4/88
Einkünfte der freiberuflich Tätigen, Die – im Jahre 1968	72/5/111
Erbschaften, Die – und ihre Besteuerung in Schleswig-Holstein 1967 bis 1972	73/8/178
Gemeindefinanzreform 1970	71/3/64
Gewerbeertrag, Gewerbekapital und Meßbeträge in Schleswig-Holstein	71/1/2
Haushaltsplanungen, Die kommunalen – 1971	71/9/167
Personalstruktur im öffentlichen Dienst (Teil 1)	72/3/57
(Teil 2)	72/5/98
Umsätze, Die – und ihre Besteuerung im Jahre 1970	72/3/50
Vermögensmillionäre, Über 500 – in Schleswig-Holstein	71/4/91
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes	71/2/46

PREISE

(kein Beitrag)

LÖHNE UND GEHÄLTER

Arbeitsverdienste, Die Entwicklung der – 1968 bis 1972	73/8/188
Frau als Verdiener, Die –	72/9/208
Regionale Lohnunterschiede 1969	73/2/41

VERSORGUNG UND VERBRAUCH

Einkommens- und Verbrauchsstichproben	71/9/181
Essen außer Haus	72/1/17
Gebrauchsgüter, Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten langlebigen –n	72/2/40
Haushaltsnettoeinkommen von Arbeitnehmerhaushalten im Januar 1969	71/10/192
Vermögensbestände, Ausgewählte – und ihre Verteilung in privaten Haushalten	72/4/76

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN

Bruttoinlandsprodukt Das – 1960 bis 1971	72/6/129
Das – 1972	73/7/146

VERSCHIEDENES

Bevölkerung und Wirtschaft Schleswig-Holsteins, Wesentliche Entwicklungen in – von 1965 bis 1970	71/11/210
---	-----------

	Heft/Seite		Heft/Seite
Berufswünsche der Abiturienten, die nicht studieren wollen	9/201	Land- und forstwirtschaftliche(n) Betriebe, Die Ermittlung der Produktionsrichtung und des Betriebseinkommens der –	5/103
Betriebe, Die Ermittlung der Produktionsrichtung und des Betriebseinkommens der land- und forstwirtschaftlichen –	5/103	Landwirtschaftliche Lohnunternehmer, Maschineneinsatz durch – 1971	4/85
Bildungswanderung der Studenten, Zur –	9/194	Lohnunterschiede, Regionale – 1969	2/41
Binnenfischerei, Die – 1972	7/162		
Bruttoinlandsprodukt, Das – 1972	7/146		
Bundestagswahl 1972, Die – in Schleswig-Holstein		Maschineneinsatz durch landwirtschaftliche Lohnunternehmer 1971	4/85
Teil 1: Wahlkreisergebnisse	1/2	Molkereiwirtschaft im Wandel	6/128
Teil 2: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht	2/26		
Teil 3: Regionale Ergebnisse	4/74		
Teil 4: Vergleich mit der Landtagswahl 1971	5/113		
		Nord-Ostsee-Kanal, Der Schiffs- und Güterverkehr auf dem – im Jahre 1972	7/155
Erbschaften, Die – und ihre Besteuerung in Schleswig-Holstein 1967 bis 1972	8/178	Pflegeheime, Alten- und – 1972	6/140
Erwerbsobstbau, Die Entwicklung des –s	9/214		
Erwerbstätigkeit in Schleswig-Holstein am 27. 5. 1970 (Teil 2)	11/218	Schweinehaltung, Die – in Schleswig-Holstein 1971	2/45
		Schweinehaltung, Entwicklungen in der –	6/123
Fremdenverkehr, Der – im Jahre 1972	6/135	Spareinlagen, Die Entwicklung der – in den Jahren 1970 bis 1972	4/92
		Straßenverkehr, Vergehen im – 1971	7/165
Geflügelhaltung in den landwirtschaftlichen Betrieben 1971	3/71	Straßenverkehrsunfälle, Die Entwicklung der – mit Personenschaden in Schleswig-Holstein	1/11
Gestorbene, Die –n 1971	9/209	Studenten, Zur Bildungswanderung der –	9/194
Gewächshausfläche, 112 Hektar –	6/144		
		Terminologie der Volkszählung 1970, Zur bevölkerungsstatistischen –	4/78
Handwerk, Industrie und – in wirtschaftssystematischer Sicht	4/80	Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1972	4/90
Industrie, Die Entwicklung der schleswig-holsteinischen – im Jahre 1972	3/50	Vergehen im Straßenverkehr 1971	7/165
Industrie, Mehr Fachkräfte, weniger Hilfsarbeiter in der –	11/230	Volkshochschulen, Die Arbeit der – in Schleswig-Holstein	5/98
Industrieproduktion auf vollen Touren	7/167	Volkszählung 1970, Zur bevölkerungsstatistischen Terminologie der –	4/78
Industrie und Handwerk in wirtschaftssystematischer Sicht	4/80		
Investitionen in schleswig-holsteinischen Industriebetrieben 1971	3/53	Wohnungsbau in Schleswig-Holstein nach dem Kriege	3/65
Kraftfahrzeugbestand, Die Entwicklung des –es	9/206	Zahlungsschwierigkeiten, Die – in den Jahren 1968 bis 1971	1/19
		Zusammenarbeit in der Land- und Forstwirtschaft, Überbetriebliche – Schleswig-Holsteins 1971	11/234
Land- und Forstwirtschaft, Überbetriebliche Zusammenarbeit in der – Schleswig-Holsteins 1971	11/234		

C. Schlagwortverzeichnis

	Heft/Seite		Heft/Seite
Abiturienten (Berufswünsche ohne Studium)	9/201	Landwirtschaftliche Betriebe (Ackerbau)	8/186
Ackerbau	8/186	Landwirtschaftliche Betriebssysteme	5/103
Alten- und Pflegeheime	6/140	Landwirtschaftliche Zusammenarbeit	11/234
Ausländer	2/30	Löhne	8/188
		regional	2/41
Baugenehmigungen	7/149		
Bauhauptgewerbe	3/56	Maschineneinsatz (Landwirtschaft)	4/85
Bautätigkeit	7/149	Molkereiwirtschaft	6/128
Berufspendler	8/170		
Berufswünsche der Abiturienten	9/201	Nord-Ostsee-Kanal	7/155
Berufszählung 1970	8/170		
Beschäftigte (Industrie)	11/230	Obstbau	9/214
Betriebssysteme (Landwirtschaft)	5/103		
Bevölkerungstatistische Terminologie	4/78	Pendelwanderung	8/170
Bildungswanderung der Studenten	9/194	Produktion (Industrie)	7/167
Binnenfischerei	7/162		
Bruttoinlandsprodukt	7/146	Regionale Lohnunterschiede	2/41
Bundestagswahl	1/2, 2/26, 4/74, 5/113		
		Schweinehaltung	2/45, 6/123
Erbschaftsteuer	8/178	Sozialprodukt	7/146
Erwerbsobstbau	9/214	Spareinlagen	4/92
Erwerbstätigkeit 1970	11/218	Steuern (Erbschaftsteuer)	8/178
		Straßenverkehr (Vergehen)	7/165
Fremdenverkehr	6/135	Straßenverkehrsunfälle	1/11
		Studenten (Bildungswanderung)	9/194
Gartenbau			
Gewächshäuser	6/144	Tiefbauaufträge	4/90
Obstbau	9/214	Todesursachen	9/209
Gastgewerbe	6/135		
Geflügelhaltung	3/71	Verdjenste	8/188
Gehälter	8/188	Vergehen im Straßenverkehr	7/165
Gestorbene	9/209	Vergleichsverfahren	1/19
Gewächshausfläche	6/144	Verkehrsunfälle	1/11
		Verurteilte	7/165
Handwerk (Wirtschaftssystematik)	4/80	Volkshochschulen	5/98
		Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	7/146
Industrie	3/50	Volkszählung 1970	
Beschäftigte	11/230	Erwerbstätigkeit	11/218
Investitionen	3/53	Terminologie	4/78
Produktion	7/167		
Wirtschaftssystematik	4/80	Wahlen	1/2, 2/26, 4/74, 5/113
Insolvenzen	1/19	Wohlstandsentwicklung	8/188
Investitionen (Industrie)	3/53	Wohnungen	7/149
		Wohnungsbau	3/65
Kiel-Kanal	7/155		
Kooperation (Landwirtschaft)	11/234	Zahlungsschwierigkeiten	1/19
Konkurse	1/19		
Kraftfahrzeugbestand	9/206		



Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
- Bücherei -

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

25. Jahrgang · Heft 1

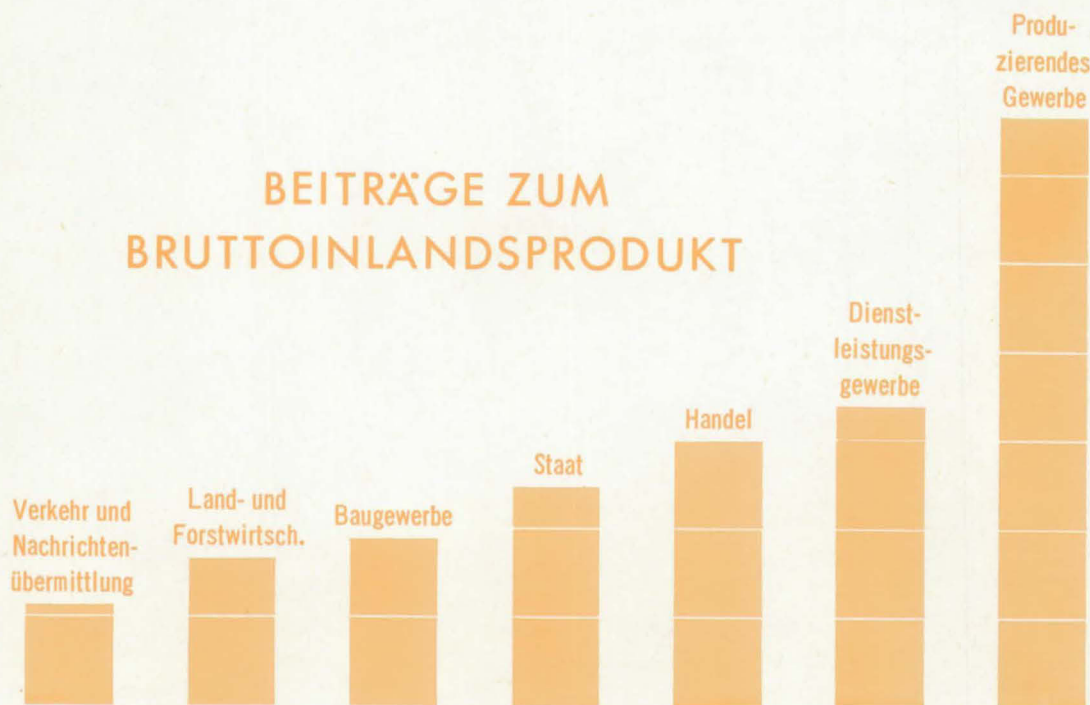
Januar 1973

Grafik des Monats: Wähler nach Alter und Geschlecht

Aufsätze: Bundestagswahl 1972 (Teil 1)
Straßenverkehrsunfälle
Zahlungsschwierigkeiten

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

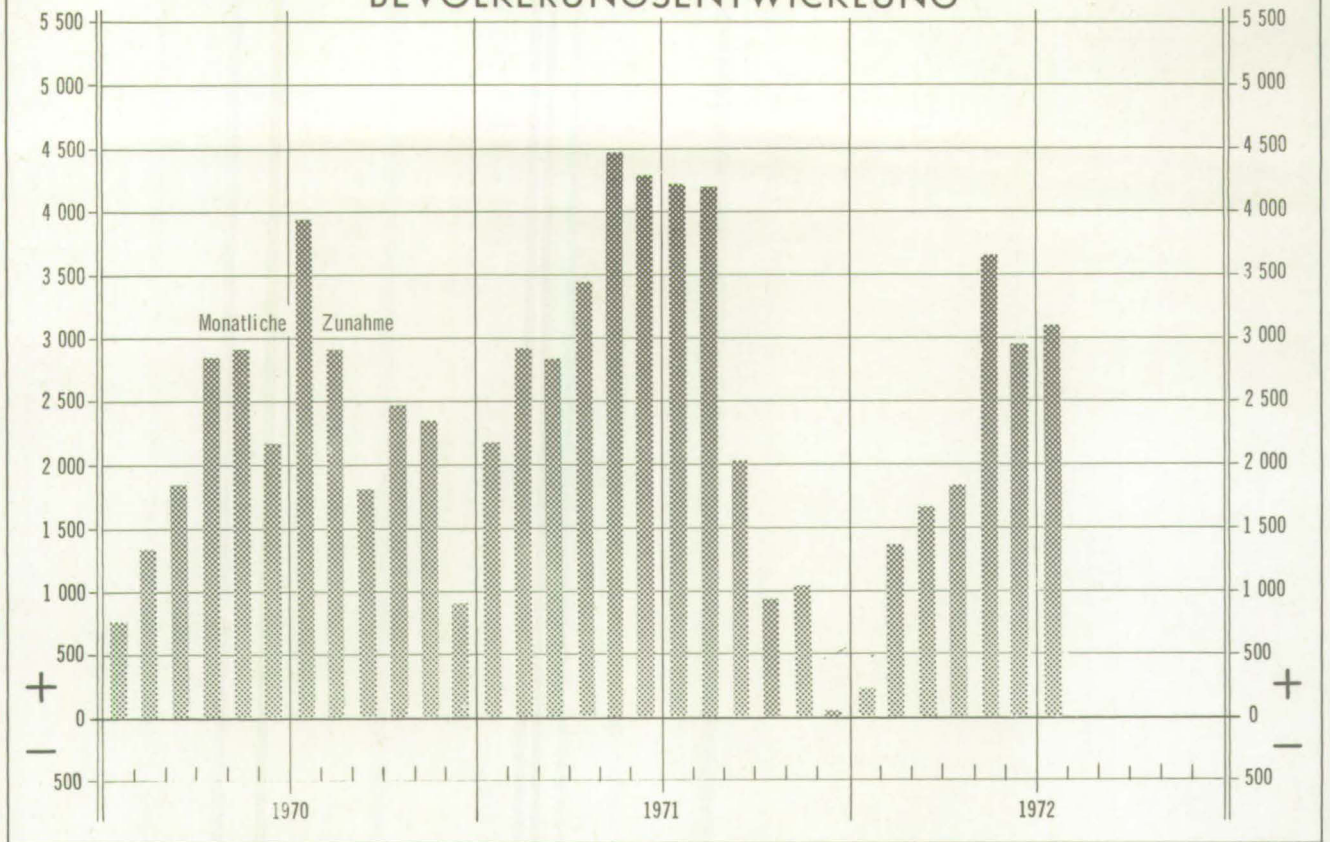
BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

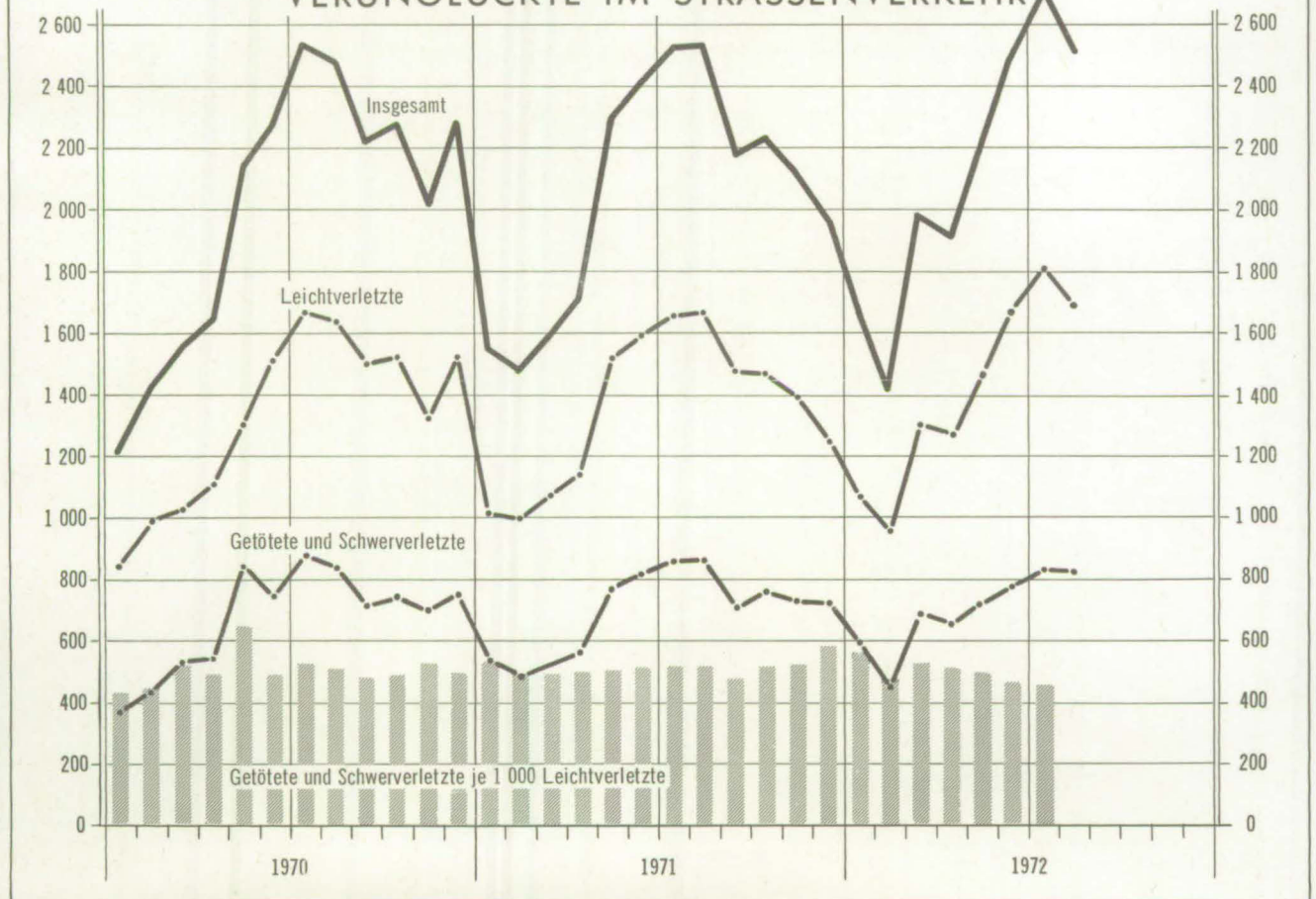
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



D - 4331

VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR



ALTERSAUFBAU UND FAMILIENSTAND DER BEVÖLKERUNG SCHLESWIG-HOLSTEINS

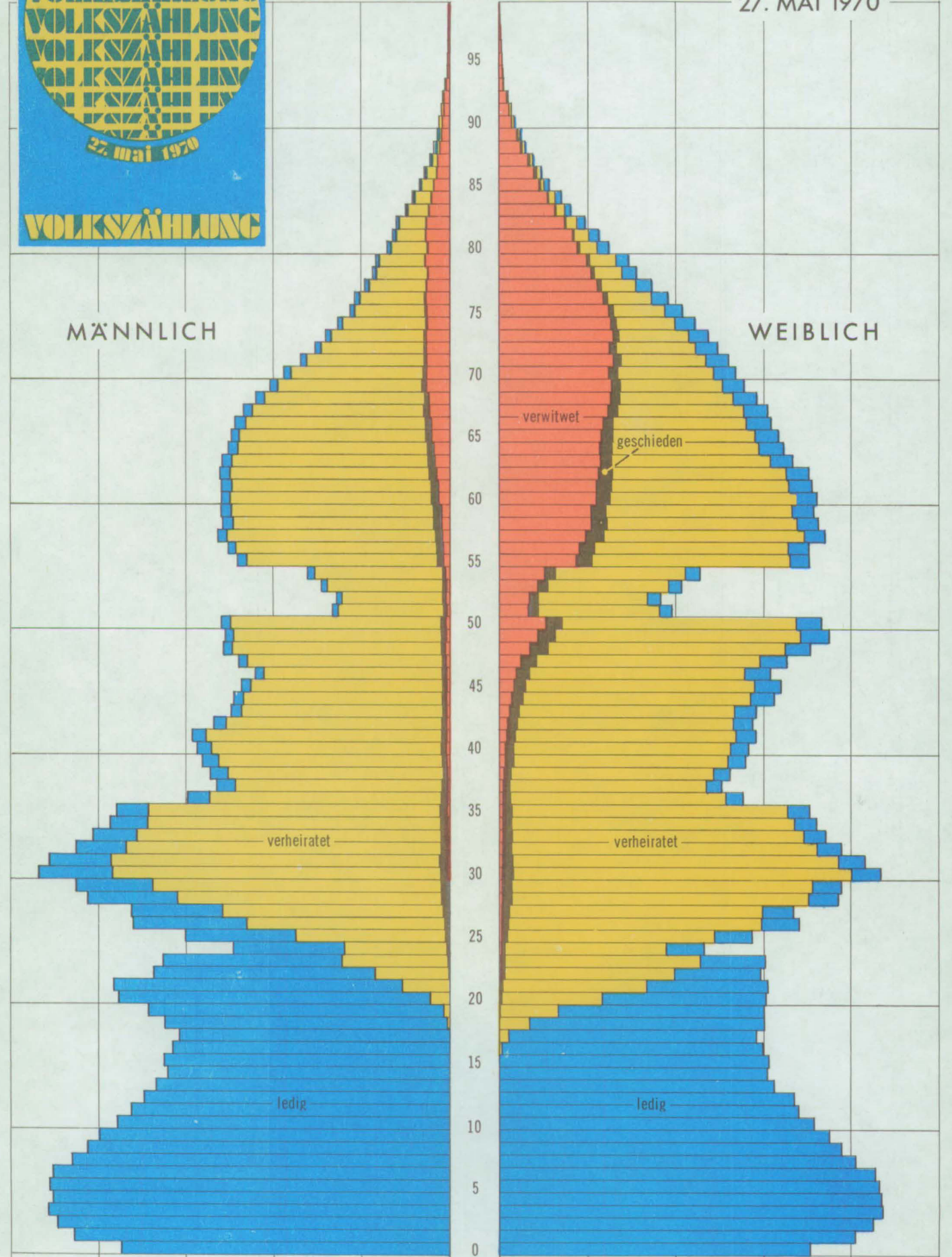


Lebensalter

27. MAI 1970

MÄNNLICH

WEIBLICH



verheiratet

verheiratet

ledig

ledig

verwitwet

geschieden

25
20
15
10
5
0
TAUSEND PERSONEN

0
5
10
15
20
25
TAUSEND PERSONEN



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

25. Jahrgang · Heft 1

Januar 1973

Aktuelle Auslese



Weiterer Geburtenrückgang auch in Schleswig-Holstein

Seit dem Jahre 1967 gehen in Schleswig-Holstein die Geburtenzahlen zurück. Statt knapp 46 000 Geburten im Jahre 1966 wurden 1971 nur noch 33 500 gezählt. Der Geburtenüberschuß hatte 1964 mit mehr als 17 000 Personen seinen letzten Höchststand, 1971 waren es nur noch 1 572.

Inzwischen liegen die Zahlen für die ersten 9 Monate des Jahres 1972 vor. Die Geburtenzahlen sind weiter gesunken. Gleichzeitig haben die Sterbefälle zugenommen:

Januar bis September	Geburten	Sterbefälle
1971	25 919	23 672
1972	22 780	24 680
Veränderung	- 12 %	+ 4 %

Gab es 1971 für diese 9 Vergleichsmonate noch einen Geburtenüberschuß von 2 247 Personen, so muß für das abgelaufene Jahr ein Sterbeüberschuß von 1 900 Personen registriert werden.

Über die Geburten von Ausländern liegen zur Zeit für 1972 noch keine Auszählungen vor. Bei der Beurteilung der obigen Zahlen muß jedoch weiterhin beachtet werden, daß unter den für die ersten 9 Monate registrierten Geburten schätzungsweise mehr als 1 000 von Ausländern sind, so daß sich der Sterbeüberschuß der deutschen Bevölkerung für diese Zeitspanne auf mindestens 3 000 Personen erhöhen dürfte.



Ruhiger Verlauf im industriellen Bereich – gute Erfolge im Auslandsgeschäft

Die Beschäftigtenentwicklung der schleswig-holsteinischen Industriebetriebe ist im verflissenen Jahr ruhig verlaufen. Wenn auch der Einsatz

von Arbeitskräften im Jahresdurchschnitt 1972 mit 187 000 (ohne Kleinbetriebe) um 3 000 bis 4 000 tätige Personen geringer war als in den beiden Jahren zuvor, war das Beschäftigteniveau im langfristigen Vergleich dennoch recht hoch. Immerhin arbeiten heute fast 10 000 (5 %) Erwerbstätige mehr in den Industriebetrieben des Landes als 1966, dem Jahr mit der absolut höchsten Beschäftigtenzahl vor der Rezession. Noch nie beschäftigte die Industrie so viele Angestellte wie im abgelaufenen Jahr.

Die Produktionsumsätze lagen erstmalig oberhalb der 15 Milliarden-Grenze und damit um schätzungsweise 7 % höher als 1971. Weit überdurchschnittlich, nämlich um rund ein Fünftel, stiegen die Erlöse aus dem Exportgeschäft an.

Die Menge der 1972 erzeugten Industriegüter entsprach im ganzen der des Vorjahres.



Der Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1972

Im Sommerhalbjahr – April bis September – 1972 sind in den Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren der 135 schleswig-holsteinischen Berichtsgemeinden 1,74 Mill. Gäste und 16,46 Mill. Übernachtungen gezählt worden. Gegenüber dem Sommerhalbjahr 1971 ergab sich ein leichter Rückgang in der Zahl der Gäste (- 3 %) und Übernachtungen (- 2 %).

In den einzelnen Monaten des Sommerhalbjahres 1972 wurden gegenüber den gleichen Vorjahresmonaten nur im April und Juli höhere Übernachtungszahlen erreicht. Dennoch nahmen die Fremdenübernachtungen von April bis Juli 1972 insgesamt noch zu (+ 1 %). Ein stärkerer Rückgang der Fremdenübernachtungen wurde dagegen im August (- 6 %) und September (- 5 %) festgestellt.

In den Seebädern, die vier Fünftel aller Übernachtungen im Sommerhalbjahr 1972 verbuchten, gingen diese gegenüber dem Sommerhalbjahr 1971 um 2 % auf 13,08 Mill. zurück.

Die Bundestagswahl 1972 in Schleswig-Holstein

Teil 1: Wahlkreisergebnisse

Wahlkreiseinteilung

Nach § 3 Absatz 3 des Bundeswahlgesetzes muß jeder Wahlkreis ein zusammenhängendes Ganzes bilden. Die Ländergrenzen müssen dabei eingehalten werden und die Stadt- und Kreisgrenzen sollen nach Möglichkeit unberührt bleiben. Außerdem soll die Bevölkerung des Wahlkreises um nicht mehr als 33 1/3% von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise abweichen. Zur Überwachung dieser Vorschriften ist eine Wahlkreiskommission eingesetzt, die der Bundesregierung Bericht zu erstatten und eventuelle Vorschläge zur Wahlkreiseinteilung zu machen hat.

Dem Vorschlag dieser Kommission entsprechend blieben die Wahlkreise zur Bundestagswahl 1972 grundsätzlich unverändert, da die Gebiets- und Verwaltungsreform in den Ländern unterschiedlich weit fortgeschritten ist. Erst wenn die Gebietsreform insgesamt abgeschlossen ist, sollen die Wahlkreise von Grund auf neu eingeteilt werden. Die Wahlkreisänderungen beschränken sich daher auf eine Anpassung der Grenzen, wo dies aus wahlorganisatorischen Gründen unerlässlich war und die Bevölkerung um mehr als ein Drittel vom Bundesdurchschnitt abwich. Dabei wurden die bis zum 1. Juli 1972 in Kraft getretenen kommunalen Grenzänderungen berücksichtigt.

In Schleswig-Holstein hatten sich die Wahlkreisgrenzen zur Bundestagswahl 1969 bis auf Kiel genau nach den Kreisgrenzen gerichtet. Da die Gebietsreform in Schleswig-Holstein bis auf den Raum Flensburg abgeschlossen ist, wäre in Schleswig-Holstein eine Neueinteilung der Wahlkreise möglich und wünschenswert gewesen. Ein Vorschlag über die Neueinteilung lag der Kommission vor, die ihn aber aus den oben genannten Gründen nicht berücksichtigte. Mit dem Vorschlag konnte zwar nicht, wie die folgende Übersicht zeigt, das Ideal der Nichtaufteilung der politischen Kreise erreicht werden, er kam ihm aber sehr nahe.

Die Vorschläge für die Wahlkreise 3 (Nordfriesland-Dithmarschen-Nord), 4 (Steinburg-Dithmarschen-Süd), 9 (Pinneberg) und 11 (Lübeck) sind identisch mit der jetzigen Wahlkreiseinteilung. Zum Wahlkreis 1 (Flensburg) wurde in diesem Vorschlag Schleswig zugeschlagen, womit gleichzeitig erreicht wurde, daß der Kreis Rendsburg-Eckernförde einen Wahlkreis bildet. Die Stadt Kiel sollte unter Inkaufnahme einer etwas größeren

Vorschlag zur Bundestagswahlkreiseinteilung Deutsche Wohnbevölkerung am 30. 9. 1969

Wahlkreis Nr.	Gebiet	Deutsche Bevölkerung	
		Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt (228 379)
		Anzahl	%
1	Flensburg Stadt, Flensburg-Land, Schleswig	269 297 + 40 918	+ 17,9
2	Nordfriesland, Norderdithmarschen (alt)	225 528 - 2 851	- 1,2
3	Steinburg, Süderdithmarschen (alt)	207 698 - 20 681	- 9,1
4	Rendsburg-Eckernförde	226 830 - 1 549	- 0,7
5	Kiel	271 668 + 43 289	+ 19,0
6	Plön, Neumünster	190 940 - 37 439	- 16,4
7	Ostholstein	185 695 - 42 684	- 18,7
8	Segeberg, Landtagswahlkreis Stormarn-Nord (39)	227 653 - 726	- 0,3
9	Pinneberg	237 930 + 9 551	+ 4,2
10	Stormarn (ohne Landtagswahlkreis Stormarn-Nord (39)), Hzgt. Lauenburg	236 941 + 8 562	+ 3,7
11	Lübeck	236 939 + 8 560	+ 3,7
Schleswig-Holstein		2 517 119	

positiven Abweichung einen Wahlkreis bilden. Plön wurde mit Neumünster zusammengelegt, um den Kreis Ostholstein ungeteilt zu lassen. Das größte Problem tauchte im Hamburger Umland auf. Der Kreis Segeberg ist trotz Norderstedt als Wahlkreis zu klein und die Kreise Stormarn und Hzgt. Lauenburg sind als Wahlkreis zu groß. Da gerade diese Kreise einen überdurchschnittlichen Bevölkerungszuwachs haben, konnte das Prinzip der Einhaltung der Kreisgrenzen nicht verwirklicht werden. Der Vorschlag sieht deshalb vor, den Landtagswahlkreis 39 (Stormarn-Nord) dem Kreis Segeberg zuzuschlagen und somit bevölkerungsmäßig eine ausgewogene Wahlkreiseinteilung herzustellen. Wie die Übersicht zeigt, weisen alle Wahlkreise eine Abweichung vom Bundesdurchschnitt aus, die weit genug unter der kritischen Grenze liegt.

Die tatsächliche Wahlkreiseinteilung zur Bundestagswahl 1972 berücksichtigt demgegenüber nur Grenzänderungen, die sich aus der Umgliederung von Gemeinden oder Gemeindeteilen in einen anderen Kreis ergeben. Hiervon sind alle Wahlkreise in Schleswig-Holstein mehr oder weniger stark betroffen. Die größte Änderung tritt durch die Neugründung von Norderstedt in den Wahlkreisen 8 (Segeberg-Eutin), 9 (Pinneberg) und

10 (Stormarn-Hzgt. Lauenburg) auf. Der Wahlkreis 9 verlor die ehemaligen Gemeinden Friedrichsgabe und Garstedt und der Wahlkreis 10 die ehemaligen Gemeinden Harksheide und Glashütte an den Wahlkreis 8. Damit wurde gleichzeitig erreicht, daß sich die Abweichung des Wahlkreises 10 (Stormarn-Hzgt. Lauenburg) vom Bundesdurchschnitt von + 43,2% auf + 31,6% verkleinerte. Die Abweichung ist aber immer noch sehr groß. Das muß bei einer Neueinteilung ebenso wie die Abweichung im Wahlkreis 1 (Flensburg) mit - 26,3% geändert werden. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Abweichungen der Wahlkreise in der jetzt gültigen Abgrenzung.

Wahlkreiseinteilung zur Bundestagswahl 1972
Deutsche Wohnbevölkerung am 1. 1. 1970

Wahlkreis Nr.	Gebiet	Deutsche Bevölkerung	
		Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt Anzahl %
1	Flensburg	168 696	- 60 192 - 26,3
2	Schleswig-Eckernförde	195 189	- 33 699 - 14,7
3	Nordfriesland- Dithmarschen-Nord	224 523	- 4 365 - 1,9
4	Steinburg-Dithmarschen-Süd	207 627	- 21 261 - 9,3
5	Rendsburg-Neumünster	238 003	+ 9 115 + 4,0
6	Kiel	249 371	+ 20 483 + 8,9
7	Plön	196 332	- 32 556 - 14,2
8	Segeberg-Eutin	262 260	+ 33 372 + 14,6
9	Pinneberg	239 602	+ 10 714 + 4,7
10	Stormarn-Hzgt. Lauenburg	301 283	+ 72 395 + 31,6
11	Lübeck	237 192	+ 8 304 + 3,6
Schleswig-Holstein		2 520 078	.

Der größte Wahlkreis (10 Stormarn-Hzgt. Lauenburg) hat demnach 301 283 Einwohner und der kleinste (1 Flensburg) 168 696 und damit nicht viel mehr als die Hälfte. Das spielt bei unserem Wahlrecht keine gravierende Rolle, da das Verhältniswahlrecht dominiert. Es sollte jedoch bedacht werden, ob es richtig ist, wenn unter Umständen ein Direktbewerber in einem Wahlkreis fast doppelt so viele Stimmen zur Wahl benötigt wie in einem anderen.

Zugelassene Parteien und aufgestellte Bewerber

Eine Partei kann sich um die Zulassung zur Bundestagswahl nur bewerben, wenn ihre Parteieigenschaft durch den Bundeswahlausschuß festgestellt worden ist. Für die Parteien, die im Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl ununterbrochen mit mindestens 5 Abgeordneten vertreten

waren, gilt die Parteieigenschaft als gegeben. Alle anderen Parteien müssen ihre Beteiligung an der Wahl dem Bundeswahlleiter mitteilen. Dann stellt der Bundeswahlausschuß fest, ob sie als Partei anzuerkennen sind.

In Schleswig-Holstein bewarben sich bei der Wahl für den 7. Deutschen Bundestag 7 Parteien, und zwar die schon im 6. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien CDU, SPD und FDP sowie die DKP (Deutsche Kommunistische Partei), EFP (Europäische Föderalistische Partei), NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) und FSU (Freisoziale Union-Demokratische Mitte). Die DKP trat erstmals bei einer Bundestagswahl unter diesem Namen auf. Als Vorläuferin kann man die 1969 kandidierende ADF (Aktion Demokratischer Fortschritt) bezeichnen. Die EFP hieß 1969 EP (Europa Partei). Zusätzlich gab es 1969 noch die GPD (Gesamtdeutsche Partei). Zur Bundestagswahl 1969 kandidierten also eine Partei mehr und zwei Parteien führten einen anderen Namen.

Für die CDU, SPD und FDP galt die Parteieigenschaft als festgestellt, während sie für die DKP, EFP, NPD und FSU vom Bundeswahlausschuß bestätigt wurde. Diese 7 Parteien hatten also die Möglichkeit, Wahlkreisbewerber und eine Landesliste aufzustellen. Alle Parteien hatten die Kreiswahlvorschläge an den Kreiswahlleiter und die Landesliste an den Landeswahlleiter unter Einhaltung bestimmter Formen und Fristen einzureichen. Die Parteien, die im letzten Bundestag oder Landtag nicht durch mindestens 5 Abgeordnete vertreten waren, mußten zusätzlich eine bestimmte Zahl von Unterschriften von Wahlberechtigten, die ihren Vorschlag unterstützten, beibringen und zwar für einen Kreiswahlvorschlag mindestens 200 und für eine Landesliste 1 v. T. der Wahlberechtigten des Landes der letzten Bundestagswahl = 1 712 in Schleswig-Holstein. Der jeweilige Kreiswahlausschuß und der Landeswahlausschuß entschieden über die endgültige Zulassung der Vorschläge.

Alle 7 Parteien hatten in Schleswig-Holstein eine Landesliste aufgestellt. Die Landesliste der FSU konnte jedoch nicht zugelassen werden, da sie nicht die dazu erforderliche Zahl von Unterschriften aufbringen konnte. Die Wähler in Schleswig-Holstein konnten also mit ihrer Zweitstimme zwischen 6 Parteien wählen: CDU, SPD, FDP, DKP, EFP und NPD. Die Reihenfolge der Landeslisten von Parteien, die im Bundestag vertreten waren, richtet sich nach der Zahl der Zweitstimmen, die sie bei der letzten Bundestagswahl im Land erreicht haben. Die übrigen Landeslisten schließen sich in alphabetischer Reihenfolge

der Namen der Parteien an. Die Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge richtet sich nach der Reihenfolge der entsprechenden Landeslisten. Die Kreiswahlvorschläge von Parteien und Einzelbewerbern, die keine Landesliste aufweisen, schließen sich in alphabetischer Reihenfolge an. Die FSU stand also am Ende des Stimmzettels.

Die Kreiswahlausschüsse hatten alle Kreiswahlvorschläge zugelassen. Es kandidierten jedoch nicht alle Parteien in jedem Wahlkreis. Die EFP bewarb sich nur in den Wahlkreisen 5 (Rendsburg-Neumünster), 6 (Kiel), 7 (Plön), 8 (Segeberg-Eutin), 9 (Pinneberg) und 10 (Stormarn-Hzgt. Lauenburg) um Erststimmen und die FSU in den Wahlkreisen 1 (Flensburg), 6, 9 und 10. Die CDU, SPD, FDP, DKP und NPD hatten in allen Wahlkreisen Bewerber aufgestellt.

Insgesamt bewarben sich in Schleswig-Holstein 142 Kandidaten um ein Mandat im 7. Deutschen Bundestag. Ein Direktmandat strebten 65 Bewerber an und über die Landesliste ihrer Partei wollten 124 in den Bundestag gelangen; 47 Bewerber waren für beide gleichzeitig aufgestellt. Die SPD und die NPD nominierten am häufigsten Doppelkandidaten. Die 11 SPD-Direktbewerber standen alle auf der Landesliste ihrer Partei und bei der NPD waren es 10 von 11. Demgegenüber sicherte die FDP nur 9 ihrer 11 Bewerber, die CDU 7 von 11 und die DKP 6 von 11 auf der Landesliste ab. Die größte Anzahl von Bewerbern wies die CDU auf, nämlich 40, gefolgt von der SPD mit 30 und der DKP mit 25, während die FSU nur 4 Direktbewerber zur Wahl stellte.

Von den im 6. Bundestag vertretenen 21 schleswig-holsteinischen Abgeordneten waren nur 14 wieder aufgestellt worden. Die CDU benannte von ihren 10 Abgeordneten 5 erneut, die SPD von 10 Abgeordneten 8 und die FDP nominierte ihren einzigen Abgeordneten wiederum. Die Zahl der weiblichen Kandidaten ist gegenüber der letzten Bundestagswahl mit 14 insgesamt unverändert geblieben. Nur jeder zehnte Bewerber ist eine Frau. Die CDU hatte die Zahl ihrer weiblichen Vertreter um zwei verstärkt, während die SPD nur noch eine Kandidatin gegenüber zwei nominierte. Bei der FDP waren es unverändert zwei Bewerberinnen.

Die Altersgliederung der Bewerber zeigt, daß nur wenige über 60 Jahre alt sind (6) und die erstmals wählbaren 21- bis 24jährigen ebenfalls nur einen geringen Anteil stellen (6). Fast alle Bewerber dieser Altersgruppe wurden von der DKP aufgestellt (5) und einer gehört der CDU an. Das Durchschnittsalter der Bewerber ist jedoch zurückgegangen. Es beträgt 40 Jahre gegenüber 46 Jahre bei der

Anzahl der Bewerber nach Parteien

Partei	Bewerber				
	insgesamt	in den Wahlkreisen	auf der Landesliste	für beide gleichzeitig	Mitglied des 6. Bundestages
1 CDU	40	11	36	7	5
2 SPD	30	11	30	11	8
3 FDP	20	11	18	9	1
4 DKP	25	11	20	6	-
5 EFP	12	6	10	4	-
6 NPD	11	11	10	10	-
7 FSU	4	4	-	-	-
Insgesamt	142	65	124	47	14

letzten Wahl und 50 Jahre bei der Wahl im Jahre 1965. Ein Drittel aller Bewerber entfällt auf die Altersgruppe zwischen 30 und 40 Jahre. Bei der Wahl zum 6. Deutschen Bundestag war die Altersgruppe 40 bis 50 Jahre und vier Jahre zuvor die Altersgruppe 50 bis 60 Jahre am stärksten besetzt. Den ältesten Bewerber hat die FSU (66 Jahre) und den jüngsten die DKP (21 Jahre) aufgestellt.

Wahlberechtigte

Zur Bundestagswahl am 19. November 1972 waren in Schleswig-Holstein 1,84 Mill. Personen wahlberechtigt. Das sind 73% der Wohnbevölkerung Schleswig-Holsteins. Ihre Anzahl hat sich gegenüber der letzten Bundestagswahl im Jahre 1969 um 128 000 oder 7,5% erhöht. Diese kräftige Zunahme ist vor allem auf die Herabsetzung des aktiven Wahlalters von 21 auf 18 Jahre zurückzuführen. Diese Altersgruppe umfaßt etwa 100 000 Personen oder 5% der Wahlberechtigten. Hinter dem Saldo von 128 000 mehr Wahlberechtigten verbergen sich jedoch größere Verschiebungen, die sich durch Umzug, Tod und Erreichen des Wahlalters ergeben haben. In den Wählerverzeichnissen hat zwischen 1969 und 1972 eine Bewegung von etwa 550 000 Wahlberechtigten stattgefunden, und zwar 210 000 Abgänge und 340 000 Zugänge. Das bedeutet, daß 1972 nur noch 1,5 Mill. derjenigen Personen wahlberechtigt waren, die es schon 1969 gewesen sind. Rund 340 000 oder gut jeder Fünfte sind erstmals bei einer Bundestagswahl in Schleswig-Holstein wahlberechtigt. Darunter befinden sich die Jungwähler (18 bis 24 Jahre) mit etwa 200 000 Personen oder gut ein Zehntel der Wahlberechtigten.

Bei den Wahlberechtigten bis 44 Jahre überwiegen die Männer mit einem Anteil von 52% und in den Altersgruppen darüber die Frauen mit fast sechs Zehnteln. Insgesamt stellen

die Frauen mit 53% die überwiegende Zahl der Wahlberechtigten. Eine umfassende Analyse der Altersstruktur der Wahlberechtigten, Wähler und Nichtwähler wird an dieser Stelle erscheinen, sobald die entsprechenden Stichprobenermittlungen ausgewertet sind.

In den einzelnen Wahlkreisen haben sich erwartungsgemäß größere Verschiebungen gegenüber 1969 ergeben. Die geringsten Zunahmen weisen im allgemeinen die Wahlkreise auf, die von kreisfreien Städten gebildet werden oder an denen sie beteiligt sind, während die Wahlkreise, die an Hamburg grenzen, die größten Zunahmen haben. Der Wahlkreis 8 (Segeberg-Eutin) liegt mit einer Zunahme von 15% an der Spitze, gefolgt von den Wahlkreisen 9 (Pinneberg) und 10 (Stormarn-Hzgt. Lauenburg) mit jeweils 10%. Die Wahlkreise der kreisfreien Städte Kiel (6) und Lübeck (11) verzeichnen mit 1% und 3% den geringsten Anstieg.

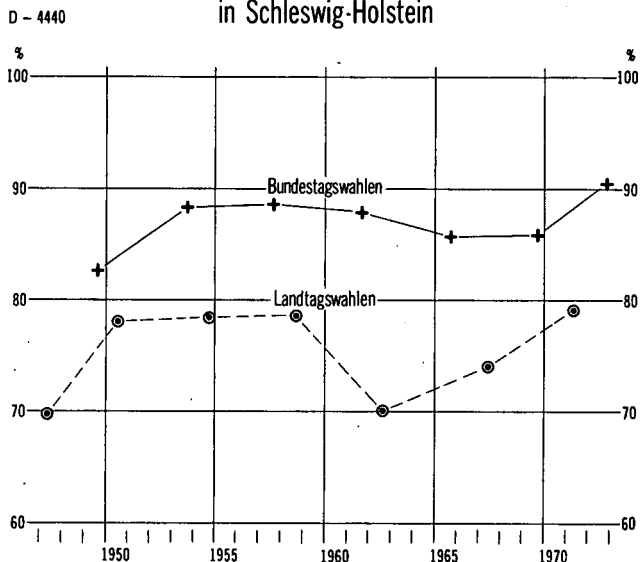
Die durchschnittliche Anzahl von Wahlberechtigten je Wahlkreis liegt bei 167 000. Von diesem Durchschnitt weichen die Wahlkreise 1 (Flensburg) und 10 (Stormarn-Hzgt. Lauenburg) mit - 28% und + 35% am stärksten ab. Sie weisen 121 000 und 226 000 Wahlberechtigte auf. Um im Wahlkreis 1 die absolute Mehrheit zu gewinnen, genügen also etwa 50 000 Stimmen und im Wahlkreis 10 werden dazu 100 000 benötigt. Das wirkt sich jedoch, wie im 1. Abschnitt beschrieben, nur bei der Wahl des Direktkandidaten aus, während es bei der Gesamtsitzverteilung ohne Belang ist.

Wähler

Die Wahl zum 7. Deutschen Bundestag brachte die erwartete hohe Wahlbeteiligung. Von den 1,84 Mill. Wahlberechtigten Schleswig-Holsteins gingen 1,67 Mill. zur Wahl, was einer Beteiligung von 90,5% entspricht. Das ist eine Wahlbeteiligung, die bisher noch bei keiner Wahl nach 1945 in Schleswig-Holstein erreicht worden ist. Bei der Bundestagswahl 1969 sind es 86,0% gewesen und das bisher höchste Ergebnis hatte sich bei der Bundestagswahl 1957 mit 88,7% ergeben. Auch die Landtagswahlen (höchste Beteiligung 1971 mit 79,2%) und die Kreiswahlen (höchstes Ergebnis 1959 mit 76,1%) kamen bei weitem nicht an diesen Wert heran. Schleswig-Holstein liegt wiederum unter dem Bundesdurchschnitt, der 91,1% ausmacht. Niedriger war die Wahlbeteiligung nur noch - wie auch 1969 - in Baden-Württemberg (90,2%) und Bayern (89,8%), während sie im Saarland mit 92,9% abermals am höchsten war.

In allen Wahlkreisen ist die Wahlbeteiligung gegenüber 1969 gestiegen. Am größten war

Wahlbeteiligung bei Bundes- und Landtagswahlen in Schleswig-Holstein



die Zunahme im Wahlkreis 1 (Flensburg) mit 5,9 Punkten. Das ändert jedoch nichts daran, daß dieser Wahlkreis weiterhin in der Schlußgruppe liegt. Auch bei den anderen Wahlkreisen zeigt sich eine ziemliche Konstanz in der Rangfolge der Wahlbeteiligung. Es befinden sich immer wieder die gleichen Wahlkreise in der Spitzengruppe und am Schluß. Die Wahlkreise 9 (Pinneberg) und 10 (Stormarn-Hzgt. Lauenburg) nehmen mit 92,2% und 92,0% die Spitze ein und die drei nördlichen Wahlkreise Nordfriesland-Dithmarschen-Nord (87,7%), Flensburg (89,0%) und Schleswig-Eckernförde (89,8%) bilden den Schluß, wobei

Wahlberechtigte und Wähler

Wahlkreis	Wähler			
	1969		1972	
	Anzahl	in % ¹	Anzahl	in % ¹
1 Flensburg	94 371	83,1	107 394	89,0
2 Schleswig-Eckernförde	107 377	84,7	122 580	89,8
3 Nordfriesland-Dithmarschen-Nord	119 113	82,8	136 804	87,7
4 Steinburg-Dithmarschen-Süd	123 069	86,8	135 322	90,5
5 Rendsburg-Neumünster	142 993	85,7	161 586	90,3
6 Kiel	153 140	85,1	164 086	90,5
7 Plön	109 583	86,9	124 497	91,0
8 Segeberg-Eutin	149 163	87,2	179 180	91,2
9 Pinneberg	140 981	88,1	162 799	92,2
10 Stormarn-Hzgt. Lauenburg	180 251	87,6	207 700	92,0
11 Lübeck	151 859	86,3	163 072	90,3
Schleswig-Holstein	1 471 900	86,0	1 665 020	90,5

1) % der Wahlberechtigten

der Wahlkreis Nordfriesland-Dithmarschen-Nord deutlich abfällt. Von den beiden Großstadtwahlkreisen liegt Lübeck leicht unter dem Landesdurchschnitt (90,3%) und in Kiel wurde er genau erreicht (90,5%).

Eine immer größere Zahl von Wahlberechtigten macht von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch. Bei dieser Wahl war das Verfahren für die Übersendung von Briefwahlunterlagen vereinfacht worden. Bisher mußte der Wahlberechtigte mündlich oder schriftlich einen formlosen Antrag aus eigener Initiative stellen, jetzt ist jeder Wahlbenachrichtigung ein Vordruck für einen Antrag auf Ausstellung eines Wahlscheines beizufügen. Beinahe 118 000 Wähler gingen am Wahltag nicht zur Wahlurne, sondern wählten vorher und schickten ihren Wahlbrief an ihren Kreiswahlleiter. Bei der vorangegangenen Bundestagswahl sind es 103 000 gewesen. Da gleichzeitig die Anzahl der Wähler kräftig gestiegen ist, macht ihr Anteil aber wie 1969 gut 7% aus. Der Anteil der Briefwähler war mit 6,2% im Wahlkreis 10 (Stormarn-Hzgt. Lauenburg) am niedrigsten, obwohl dort mit 12 937 die zweithöchste Anzahl festgestellt wurde. Der höchste Briefwahlanteil ergab sich im Wahlkreis 3 (Nordfriesland-Dithmarschen-Nord) mit 9,1%. Mit einem Wahlschein im engeren Sinne, der dem Wahlberechtigten Freizügigkeit innerhalb eines Wahlkreises am Tage der Wahl gewährleistet, wählten wie 1969 gut 3 000 Personen. Insgesamt haben also 121 000 Wahlberechtigte nicht in ihrem Wahllokal gewählt.

Nur wenige Wähler geben ungültige Stimmen ab. Ihr Anteil ist sowohl bei den Erststimmen als auch bei den Zweitstimmen zurückgegangen. Damit setzt sich die bei den letzten Wahlen schon beobachtete Tendenz fort. Das kann zwei Gründe haben: einmal mag der Wähler mit dem Wahlsystem mittlerweile so vertraut sein, daß er nicht fälschlicherweise zwei Kreuze bei der Erst- oder Zweitstimme macht, und zum anderen mag es weniger oft vorgekommen sein, daß er absichtlich eine Seite des Stimmzettels frei ließ. Die Erst- oder Zweitstimme zählt nämlich auch dann als ungültig, wenn die jeweils andere Stimme gültig angekreuzt ist. Eine genaue Untersuchung wird an Hand der Stimmzettel der repräsentativen Wahlbezirke durchgeführt werden.

Die Anzahl der für ungültig erklärten Erststimmen ist wie bei den beiden vorausgegangenen Wahlen größer als die der ungültigen Zweitstimmen. Gut 18 000 oder 1,1% der Erststimmen und fast 11 000 oder 0,7% der Zweitstimmen waren ungültig. Für 1969 lauten die entsprechenden Daten: 27 000 (1,8%) und 17 000 (1,2%).

Wahl der Wahlkreisbewerber

Bei Bundestagswahlen hat jeder Wähler zwei Stimmen. Mit der ersten Stimme wird der Wahlkreisbewerber und mit der zweiten Stimme die Landesliste einer Partei gewählt. Die Erststimme ist demnach dafür entscheidend, welcher Abgeordnete den Wahlkreis im Bundestag vertritt. Das Schwergewicht liegt jedoch bei der Zweitstimme, da sie darüber entscheidet, wie viele Abgeordnete eine Partei insgesamt in den Bundestag entsendet. Oder anders ausgedrückt: Die Erststimme entscheidet nur über die personelle Zusammensetzung der Hälfte des Bundestages (248), während die Zweitstimme für die Gesamtstärke einer Partei maßgebend ist. Der Wähler entscheidet also letztlich nur mit einer Stimme, der Zweitstimme, über die Zusammensetzung des Bundestages. Eine unterschiedliche Abgabe von Erst- und Zweitstimme ist daher nur unter dem Gesichtspunkt effektiv, daß man mit der Zweitstimme die Partei seines Vertrauens wählt und mit der Erststimme den Bewerber, den man bevorzugt; sei es aus personellen oder parteipolitischen Gründen (z. B. die Partei, der man die Zweitstimme gegeben hat, hat keine Aussicht, den Direktbewerber durchzubringen.) Die Ansicht, daß beide Parteien gleichviel von dieser Art von Stimmenabgabe profitieren ist also nicht richtig. In welchem Ausmaß die Erststimmenergebnisse der Parteien von deren Zweitstimmenergebnissen abweichen, ist in diesen Monatsheften schon beschrieben worden¹. Genaue Untersuchungen über die Kombination von Erst- und Zweitstimme werden an Hand der Ergebnisse der repräsentativen Wahlbezirke angestellt und hier veröffentlicht werden.

Die hohe Wahlbeteiligung und die Zunahme der Wahlberechtigten hat die Anzahl der gültigen Erststimmen kräftig ansteigen lassen. Es wurden 1,65 Mill. gültige Erststimmen abgegeben und damit über 200 000 oder 12% mehr als bei der Bundestagswahl 1969.

Erwartungsgemäß kommen nur die CDU und die SPD für die 11 Direktmandate in Schleswig-Holstein in Frage. Auf die übrigen Parteien (FDP, DKP, EFP, NPD und FSU) entfielen nur 82 505 oder 5% der Erststimmen. CDU und SPD erhielten also zusammen 95% der Erststimmen. Bei der letzten Bundestagswahl sind es 91,8% gewesen und 1965 waren es 90%. Bei den Erststimmen läßt sich also deutlich eine Tendenz der Konzentration auf zwei Parteien feststellen. Allerdings haben sich die Anteile der beiden Parteien entscheidend verschoben. Im Jahre 1965 lautete das Verhältnis 50,8% zu 39,2% und bei der letzten

¹) siehe in dieser Zeitschrift 1972, S. 217 (November/Dezember)

Bundestagswahl 47,3% zu 44,5% zu Gunsten der CDU, jetzt hat die SPD einen Vorsprung von 52,1% zu 42,9% gegenüber der CDU. Damit ist es der SPD erstmals gelungen, die CDU zu überflügeln und gleichzeitig den höchsten Erststimmenanteil einer Partei bei einer Bundestagswahl in Schleswig-Holstein zu erringen.

Der CDU gaben 706 000 Wähler ihre Erststimme. Das sind zwar 23 000 Stimmen mehr als 1969, wegen der höheren Anzahl von Wählern ging jedoch ihr Anteil um 4,4 Punkte von 47,3% auf 42,9% zurück. Um den gleichen Anteil wie 1969 zu erreichen, hätte die CDU 779 000 Erststimmen oder gut 70 000 mehr erhalten müssen. Die SPD tat demgegenüber einen kräftigen Sprung nach vorn. Sie vereinigte auf sich 858 000 Erststimmen oder 52,1%. Sie verbesserte sich gegenüber 1969 um 215 000 Stimmen oder 7,6 Punkte. Um ihren Anteil von 1969 zu halten, hätten ihr 733 000 Erststimmen oder 90 000 mehr genügt.

Bei einem Vergleich der Wahlkreisergebnisse und der direkt gewählten Abgeordneten muß berücksichtigt werden, daß die 69er-Ergebnisse auf die neue Wahlkreiseinteilung umgerechnet worden sind. Dadurch ergeben sich zumeist kleinere Verschiebungen. Im Wahlkreis 9 (Pinneberg) wäre jedoch, anstelle des 1969 gewählten SPD-Bewerbers, bei der heutigen Einteilung der CDU-Bewerber zum Zuge gekommen.

Die CDU stellt im neuen Bundestag nur noch 2 der 11 Wahlkreisabgeordneten gegenüber bisher 8. Ihr gingen also 6 Direktmandate verloren. Sie mußte in allen Wahlkreisen prozentuale Stimmeneinbußen hinnehmen und in den Wahlkreisen 2 (Schleswig-Eckernförde) und 11 (Lübeck) sogar absolute. Der höchste prozentuale Verlust trat im Wahlkreis 2 (Schleswig-Eckernförde) mit - 8,9 Punkten auf. Hier hatte die CDU 1969 noch die absolute Mehrheit (52,8%) erreicht und kam jetzt auf 43,9%. Die beiden siegreichen CDU-Wahlkreisbewerber blieben beide unter 50%, wobei der Wahlkreis 3 (Nordfriesland-Dithmarschen-Nord) nur mit einem knappen Vorsprung gewonnen werden konnte.

Demgegenüber übersprangen bis auf einen alle SPD-Wahlkreissieger die 50%-Marke. Im Wahlkreis 8 (Segeberg-Eutin) wurde sie nur knapp verfehlt (49,2%). Die SPD hat nicht nur der CDU 6 Wahlkreise abgenommen und kommt somit auf 9 Wahlkreise, sondern verbuchte auch in allen Wahlkreisen große Gewinne. Den kräftigsten Gewinn erzielte ihr Kandidat im Wahlkreis 2 (Schleswig-Eckernförde) mit + 11,3 Punkten und der niedrigste liegt immer noch bei + 4,9 Punkten im Wahlkreis 6 (Kiel). Hier muß berücksichtigt werden, daß dieser Wahlkreis eine Hochburg der SPD ist (1969: 54,5%) und daß es immer schwieriger ist, eine absolute Mehrheit weiter auszubauen, als einen kleineren Anteil zu erhöhen.

Wahl der Wahlkreisbewerber

Wahlkreis	Gültige Erststimmen													
	Insgesamt		darunter für											
	1969	1972	CDU		SPD		übrige Parteien		1969	1972	1969	1972		
Anzahl			in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl					in %	
1 Flensburg	92 086	106 073	41 375	44,9	41 549	39,2	42 689	46,4	59 159	55,8	8 022	8,7	5 365	5,1
2 Schleswig-Eckernförde	106 109	121 493	55 974	52,8	53 336	43,9	42 507	40,1	62 473	51,4	7 628	7,2	5 684	4,7
3 Nordfriesland-Dithmarschen-Nord	117 208	135 075	61 921	52,8	62 829	46,5	43 560	37,2	62 231	46,1	11 727	10,0	10 015	7,4
4 Steinburg-Dithmarschen-Süd	120 359	133 574	61 654	51,2	65 333	48,9	46 483	38,6	62 440	46,7	12 222	10,2	5 801	4,3
5 Rendsburg-Neumünster	140 547	159 887	68 937	49,0	70 636	44,2	60 982	43,4	81 880	51,2	10 628	7,6	7 371	4,6
6 Kiel	150 364	162 007	57 050	37,9	57 832	35,7	81 918	54,5	96 292	59,4	11 396	7,6	7 883	4,9
7 Plön	107 566	123 182	50 207	46,7	53 921	43,8	48 820	45,4	64 777	52,6	8 539	7,9	4 484	3,6
8 Segeberg-Eutin	146 828	177 632	71 940	49,0	80 497	45,3	61 480	41,9	87 352	49,2	13 408	9,1	9 783	5,5
9 Pinneberg	137 992	160 935	64 146	46,5	69 290	43,1	62 829	45,5	82 599	51,3	11 017	8,0	9 046	5,6
10 Stormarn-Hzgt. Lauenburg	176 721	205 578	84 832	48,0	91 118	44,3	76 980	43,6	104 201	50,7	14 909	8,4	10 259	5,0
11 Lübeck	148 975	161 116	64 710	43,4	59 625	37,0	74 360	49,9	94 677	58,8	9 905	6,6	6 814	4,2
Schleswig-Holstein	1 444 755	1 646 552	682 746	47,3	705 966	42,9	642 608	44,5	858 081	52,1	119 401	8,3	82 505	5,0

Die erfolgreichen Wahlkreisbewerber errangen ihr Mandat in der Mehrzahl mit der absoluten Mehrheit. Die Stimmenanteile schwanken zwischen 46,5% und 59,4%. Der niedrige Wert gilt für den CDU-Bewerber im Wahlkreis 3 (Nordfriesland-Dithmarschen-Nord) und der hohe für den SPD-Bewerber im Wahlkreis 6 (Kiel). Gleichzeitig ist in diesen Wahlkreisen der Abstand zwischen dem Sieger und dem Zweiten am geringsten (+ 0,4 Punkte) und am größten (+ 23,7 Punkte).

Die Wahlkreiskandidaten von CDU und SPD haben fast ausschließlich mehr Erststimmen erhalten als die Landesliste ihrer Partei im gleichen Wahlkreis. Bei der CDU ergibt sich nur im Wahlkreis 11 (Lübeck) ein leichtes Plus für die Liste. Das kann einmal darauf zurückzuführen sein, daß die Wahlkreisbewerber mehr nach ihrer Person als nach ihrer Parteizugehörigkeit gewählt worden sind und zum anderen darauf, daß der Wähler nur solchen Kandidaten seine Erststimme gegeben hat, die Aussicht auf Erfolg hatten und mit der Zweitstimme eine andere Partei gewählt hat. Da die Abweichungen bei der SPD besonders groß sind und gleichzeitig die FDP durchweg einen höheren Zweitstimmenanteil aufweist, liegt allerdings die Vermutung nahe, daß das Stimmenteil gerade zwischen diesen Parteien eine Rolle gespielt hat.

Im Durchschnitt sind die neuen direkt gewählten Abgeordneten 50 Jahre alt, also etwas jünger als bei der letzten Bundestagswahl (51 Jahre). Der jüngste Abgeordnete ist 32 Jahre alt und der älteste 62. Beide gehören der SPD an. Erstmals wurde eine Frau direkt in den Bundestag gewählt, und zwar die SPD-Kandidatin im Wahlkreis 5 (Rendsburg-Neumünster).

Wahl der Landeslisten

Wie schon im vorangegangenen Abschnitt dargestellt, ist es die Zweitstimme, die für die Landesliste einer Partei abgegeben wird, die über die Gesamtzahl der Abgeordneten entscheidet. Nach dem Zweitstimmenergebnis wird mit Hilfe des d'Hondt'schen-Höchstzahlverfahrens die Anzahl der Abgeordneten, die eine Partei im Bundestag erhält, berechnet. Eine Partei muß, um bei der Sitzverteilung berücksichtigt zu werden, mindestens 5% aller im Bundesgebiet abgegebenen Zweitstimmen oder drei Direktmandate erzielt haben. Parteien nationaler Minderheiten, wie der SSW, sind von dieser Sperrklausel ausgenommen.

Die Zweitstimmen werden so behandelt, als wären sie für eine Bundesliste abgegeben worden. Man spricht dabei von einer Listenverbindung. Diese Listenverbindung, von der

nur die CSU keinen Gebrauch gemacht hat, verhindert, daß Reststimmen unausgenutzt bleiben. Unausgenutzte Reststimmen können bei einer getrennten Aufteilung nach Bundesländern übrigbleiben, wenn beispielsweise für eine Partei in einem Land 80 000 Stimmen abgegeben werden, sie damit einen Sitz erhält und im Bundesdurchschnitt nur 70 000 Stimmen erforderlich gewesen wären. Durch Zusammenfassen der Landeslisten werden die Reste weitgehend verwertet.

Die Sitze, die eine Partei insgesamt erhält, werden wiederum nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren auf die einzelnen Länder verteilt. Ein Beispiel soll das Verfahren verdeutlichen:

Das Wahlgebiet besteht aus drei Ländern. Im gesamten Wahlgebiet werden 100 000 gültige Zweitstimmen abgegeben. Es kandidieren 4 Parteien und es sind 10 Sitze zu verteilen. Auf die Partei A entfallen 41 600 Stimmen, auf die Partei B = 33 800, auf die Partei C = 24 000 Stimmen und auf die Partei D = 600 Stimmen. Die Partei D hat keine drei Direktkandidaten durchgebracht und ihr Anteil liegt unter 5%. Sie nimmt also an der Sitzverteilung nicht teil.

Teiler	Partei A		Partei B		Partei C	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	41 600	1	33 800	2	24 000	3
2	20 800	4	16 900	5	12 000	7
3	13 866	6	11 266	8	8 000	-
4	10 400	9	8 450	10	6 000	-
5	8 320	-	6 760	-	4 800	-

Die Parteien A und B erhalten danach jeweils 4 Sitze und die Partei C erhält 2 Sitze.

Bei der Verteilung der Parteiensitze auf die drei angenommenen Länder ist wiederum die Anzahl der Zweitstimmen für die jeweilige Partei in einem Land maßgebend. Es spielt dabei keine Rolle, ob eine Partei eventuell in einem Land die 5%-Grenze nicht überwunden hat. Die Stimmenverteilung soll wie folgt aussehen:

Land	Partei		
	A	B	C
X	15 000	10 002	5 000
Y	10 000	19 998	12 000
Z	16 600	3 800	7 000
Zusammen	41 600	33 800	24 000

Die Sitzverteilung für die Partei A ergibt sich aus der folgenden Berechnung:

Teiler	Land X		Land Y		Land Z	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	15 000	2	10 000	3	16 600	1
2	7 500	-	5 000	-	8 300	4

Von den vier Sitzen der Partei A entfallen also 2 auf das Land Z und jeweils einer auf die Länder X und Y.

Sitzverteilung für die Partei B:

Teiler	Land X		Land Y		Land Z	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	10 002	2	19 998	1	3 800	-
2	5 001	-	9 999	3	1 900	-
3	3 334	-	6 666	4		

Von den vier Sitzen der Partei B entfallen also 3 auf das Land Y, einer auf das Land X und keiner auf das Land Z.

Sitzverteilung für die Partei C:

Teiler	Land X		Land Y		Land Z	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	5 000	-	12 000	1	7 000	2
2	2 500	-	6 000	-	3 500	-

Von den zwei Sitzen der Partei C entfallen also jeweils einer auf die Länder Y und Z.

Von der so errechneten Gesamtzahl der Sitze einer Partei werden in jedem Land die direkt gewählten Bewerber abgezogen und der verbleibende Rest nach der Reihenfolge der Landesliste der jeweiligen Partei verteilt. Auf das Ergebnis der Bundestagswahl 1972 übertragen ergibt sich folgendes Bild:

	Bundesgebiet			Schleswig-Holstein		
	Ins-gesamt	Wahl-kreis	Liste	Ins-gesamt	Wahl-kreis	Liste
SPD	230	152	78	11	9	2
CDU	177	65	112	9	2	7
CSU	48	31	17	-	-	-
FDP	41	-	41	2	-	2
Insgesamt	496	248	248	22	11	11

Die SPD hat also beispielsweise im gesamten Bundesgebiet 230 Sitze erhalten und auf Schleswig-Holstein entfallen davon 11. Da die SPD in Schleswig-Holstein 9 Direktmandate errungen hat, verbleiben ihr zwei Kandidaten, die aus der Landesliste besetzt werden.

Hat eine Partei mehr Direktmandate errungen, als ihr Gesamtsitze nach der Anzahl der Zweitstimmen zustehen, so verbleiben ihr diese "Überhangmandate". Die Gesamtzahl der in den Bundestag zu wählenden Abgeordneten erhöht sich dann entsprechend. Nicht die Gesamtzahl von 496 Sitzen ist also feststehend, sondern nur die Anzahl der Wahlkreisabgeordneten mit 248. Bei der Wahl 1972 gab

es keine Überhangmandate. Die Gesamtzahl der Abgeordneten, die ein Bundesland in den Bundestag entsendet, steht ebenfalls nicht von vornherein fest. Sie entspricht zwar in der Regel dem Anteil der Wahlberechtigten des Landes, hängt aber letztlich von der Anzahl der gültigen Zweitstimmen ab, die die zur Sitzverteilung zugelassenen Parteien in einem Land im Verhältnis zu anderen Ländern bekommen. Eine besonders hohe Wahlbeteiligung und ein weit überdurchschnittlich hoher Zweitstimmenanteil einer Partei können also bewirken, daß ein Land durch mehr Abgeordnete vertreten wird, als es seinem verhältnismäßigen Wahlberechtigtenanteil entsprechen würde. Der 22. Sitz für Schleswig-Holstein ist nicht auf diesen Umstand zurückzuführen. Die Erhöhung um einen Sitz gegenüber 1969 hängt vielmehr damit zusammen, daß die Zahl der Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein kräftiger gestiegen ist als im Bundesgebiet, so daß sich der verhältnismäßige Sitzanteil für Schleswig-Holstein auf 22 erhöht hat.

Für die Wahl zum 7. Deutschen Bundestag sind in Schleswig-Holstein 1,65 Mill. gültige Zweitstimmen abgegeben worden. Das sind 200 000 mehr als bei der Wahl im Jahre 1969. Die CDU erhielt 695 000 oder 42,0% der Stimmen, die SPD 804 000 oder 48,6%, die FDP 141 000 oder 8,6% und die übrigen Parteien (DKP, EFP, NPD) kamen zusammen auf 13 000 Stimmen oder 0,8%.

Da nur die CDU, SPD und FDP im Bundesgebiet die 5%-Grenze übersprungen haben, werden nur diese Parteien bei der Sitzverteilung berücksichtigt. Damit sind in Schleswig-Holstein fast alle, nämlich 99,2% der gültigen Zweitstimmen bei der Sitzverteilung wirksam geworden. Bei der letzten Bundestagswahl sind es nur 94,8% gewesen.

Schleswig-Holstein wird im neuen Bundestag durch 11 SPD-Abgeordnete, 9 CDU-Abgeordnete und 2 FDP-Abgeordnete vertreten. Die SPD und die FDP entsenden jeweils einen Abgeordneten mehr als 1969 und die CDU einen weniger. Da die CDU nur zwei Bewerber in den Wahlkreisen durchgebracht hat, verblieben ihr 7 Listensitze und der SPD, die in 9 Wahlkreisen erfolgreich war, 2 Listensitze. Die beiden Sitze der FDP sind Listensitze. Unter diesen Abgeordneten befindet sich wie bei den direkt Gewählten eine Frau, sie gehört der CDU an.

Das Durchschnittsalter der erfolgreichen Listenbewerber liegt deutlich unter dem der Wahlkreisabgeordneten, nämlich bei 45 Jahren. Der jüngste Abgeordnete ist 28 Jahre alt und der älteste 57. Beide wurden von der CDU aufgestellt. Vier der elf Listenbewerber waren schon MdB. Von der FDP ziehen beide

Wahl der Landesliste

Wahlkreis	Bundestagswahl	Gültige Zweitstimmen insgesamt	davon entfallen auf							
			CDU		SPD		FDP		übrige Parteien ¹	
			Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
1 Flensburg	1969	93 269	41 137	44,1	43 171	46,3	4 409	4,7	4 552	4,9
	1972	106 718	40 769	38,2	55 446	52,0	9 678	9,1	825	0,8
2 Schleswig- Eckernförde	1969	106 100	52 276	49,3	43 269	40,8	5 250	4,9	5 305	5,0
	1972	121 735	52 988	43,5	58 380	48,0	9 522	7,8	845	0,7
3 Nordfriesland- Dithmarschen-Nord	1969	117 565	61 055	51,9	43 105	36,7	7 217	6,1	6 188	5,3
	1972	135 951	62 767	46,2	60 442	44,5	11 526	8,5	1 216	0,9
4 Steinburg- Dithmarschen-Süd	1969	121 593	60 671	49,9	47 064	38,7	6 292	5,2	7 566	6,2
	1972	134 297	62 602	46,6	61 343	45,7	8 973	6,7	1 379	1,0
5 Rendsburg- Neumünster	1969	141 198	67 933	48,1	59 827	42,4	6 819	4,8	6 619	4,7
	1972	160 445	69 417	43,3	77 656	48,4	12 332	7,7	1 040	0,6
6 Kiel	1969	151 795	58 001	38,2	78 920	52,0	7 641	5,0	7 233	4,8
	1972	163 038	56 639	34,7	89 998	55,2	15 237	9,3	1 164	0,7
7 Plön	1969	108 284	50 668	46,8	46 720	43,1	4 853	4,5	6 043	5,6
	1972	123 646	53 638	43,4	60 494	48,9	8 513	6,9	1 001	0,8
8 Segeberg -Eutin	1969	147 376	71 039	48,2	59 889	40,6	8 727	5,9	7 721	5,2
	1972	178 053	79 267	44,5	80 753	45,4	16 634	9,3	1 399	0,8
9 Pinneberg	1969	139 499	62 576	44,9	62 900	45,1	7 985	5,7	6 038	4,3
	1972	161 785	67 771	41,9	76 073	47,0	16 730	10,3	1 211	0,7
10 Stormarn- Hzgt. Lauenburg	1969	178 296	82 335	46,2	76 904	43,1	9 976	5,6	9 081	5,1
	1972	206 461	89 324	43,3	96 477	46,7	19 139	9,3	1 521	0,7
11 Lübeck	1969	149 865	64 131	42,8	71 768	47,9	6 702	4,5	7 264	4,8
	1972	162 027	59 958	37,0	87 384	53,9	13 213	8,2	1 472	0,9
Schleswig- Holstein	1969	1 454 840	671 822	46,2	633 537	43,5	75 871	5,2	73 610	5,1
	1972	1 654 156	695 140	42,0	804 446	48,6	141 497	8,6	13 073	0,8

1) 1969 = ADF, EP, GPD, NPD
1972 = DKP, EFP, NPD

Abgeordnete erstmals in den Bundestag, von der CDU vier Abgeordnete und von der SPD einer.

Die CDU, die in Schleswig-Holstein aus allen bisherigen Bundestagswahlen als stärkste Partei hervorgegangen war, fiel dieses Mal auf den zweiten Platz zurück. Sie hat nur 1949 und 1961 schlechter abgeschnitten als jetzt. Sie konnte zwar 24 000 Zweitstimmen hinzugewinnen, ihr Anteil ging aber um 4,2 Punkte von 46,2% auf 42,0% zurück. Auch in allen Wahlkreisen mußte sie prozentuale Einbußen hinnehmen, obwohl die Anzahl ihrer Zweitstimmen in 8 Wahlkreisen gestiegen ist. Sie liegt nur noch in zwei Wahlkreisen gegenüber 7 bei der letzten Bundestagswahl vorn. Während sie 1969 in einem Wahlkreis die absolute Mehrheit bekam, ist es dieses Mal in keinem Wahlkreis der Fall.

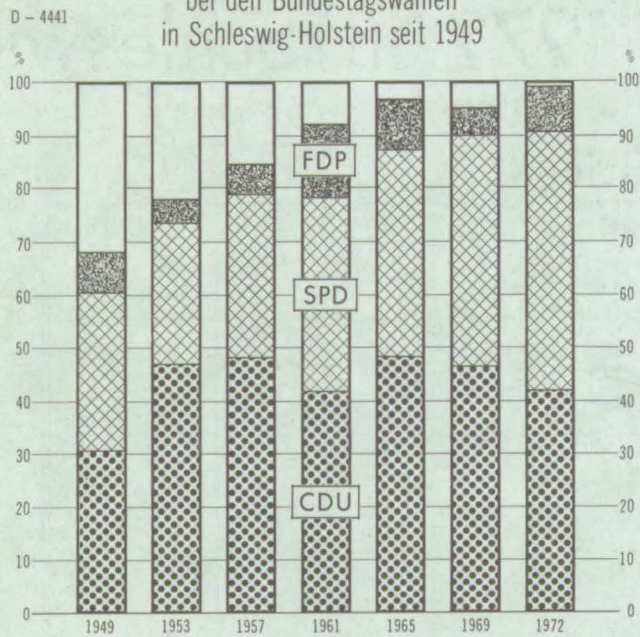
Besonders hoch war der Rückgang in den Wahlkreisen 1 (Flensburg) mit 5,9 Punkten, 2 (Schleswig-Eckernförde) mit 5,8 Punkten und 11 (Lübeck) mit ebenfalls 5,8 Punkten. Am relativ geringsten sind die Verluste in den Wahlkreisen 10 (Stormarn-Hzgt. Lauenburg) mit 2,9 Punkten und 9 (Pinneberg) mit 3,0 Punkten. In drei Wahlkreisen sank der Anteil der CDU unter 40% (Flensburg, Kiel,

Lübeck), bisher war das nur in Kiel der Fall gewesen.

Die SPD ist die Siegerin der Wahl in Schleswig-Holstein. Sie verbesserte ihren Zweitstimmenanteil um 5,1 Punkte von 43,5% auf 48,6%. Sie hat damit erstmals bei einer Bundestagswahl in Schleswig-Holstein die CDU überflügelt und zwar deutlich. Lag sie noch 1969 um 2,7 Punkte hinter der CDU zurück, so liegt sie jetzt selbst mit 6,6 Punkten vorn. Die SPD erzielte in allen Wahlkreisen absolute und prozentuale Stimmengewinne. Sie erhielt in 9 Wahlkreisen die meisten Stimmen, gegenüber vier bei der letzten Wahl. In zwei von diesen vier Wahlkreisen konnte sie ihre Mehrheit in eine absolute ausbauen (Flensburg, Lübeck) und in Kiel hat sie ihre absolute Mehrheit verstärkt. In keinem Wahlkreis liegt der SPD-Anteil unter 40%, während es 1969 noch in zwei Wahlkreisen der Fall gewesen ist.

Die größten Gewinne konnte die SPD in den Wahlkreisen 3 (Nordfriesland-Dithmarschen-Nord) mit 7,8 Punkten und 2 (Schleswig-Eckernförde) mit 7,2 Punkten verbuchen. Diese Wahlkreise und dabei besonders der Wahlkreis 3 konnten bisher als Hochburgen der CDU gelten. Jetzt hat die SPD die CDU im Wahl-

Die Zweitstimmenanteile von CDU, SPD und FDP bei den Bundestagswahlen in Schleswig-Holstein seit 1949



kreis 2 überflügelt und im Wahlkreis 3 ist sie nahe herangerückt. Am relativ geringsten ist die Zunahme der SPD in den Wahlkreisen 9 (Pinneberg) mit 1,9 Punkten und 6 (Kiel) mit 3,2 Punkten.

Die FDP scheint das Tief in der Wählergunst überwunden zu haben. Sie verbesserte sich um 3,4 Punkte von 5,2% auf 8,6% und erreichte damit nach 1961 (13,8%) und 1965 (9,4%) das drittbeste Ergebnis in Schleswig-Holstein. Sie erzielte in allen Wahlkreisen absolute und relative Stimmengewinne. Der größte Zuwachs

gelang ihr im Wahlkreis 9 (Pinneberg) mit 4,6 Punkten. Das ist gleichzeitig der Wahlkreis mit dem höchsten FDP-Anteil (10,3%). Die geringste Resonanz fand die FDP im Wahlkreis 4 (Steinburg-Dithmarschen-Süd) mit 6,7% der gültigen Zweitstimmen.

Auffallend ist, daß die FDP mehr als doppelt so viele Zweitstimmen wie Erststimmen erhalten hat. Der Zweitstimmenanteil der FDP ist zwar auch bei früheren Wahlen größer gewesen als ihr Erststimmenanteil, aber nie in diesem Ausmaß. Rein rechnerisch muß ein großer Teil der Wähler, der mit der Zweitstimme FDP gewählt hat, mit der Erststimme SPD gewählt haben. Die Auswertung der repräsentativen Wahlbezirke wird Aufschluß über die Kombinationswähler geben.

Die drei übrigen Parteien sind bedeutungslos. Die DKP kam auf 3 528 Stimmen oder 0,2%, die EFP auf 1 010 Stimmen oder 0,1% und die NPD auf 8 535 Stimmen oder 0,5%. Keine dieser Parteien erreichte in einem Wahlkreis auch nur 1% der gültigen Zweitstimmen.

Weitere schleswig-holsteinische Ergebnisse, wie die Umrechnungen auf Landtagswahlkreise, politische Kreise und Gemeindegrößeklassen sowie die Auswertung der Wahlbeteiligung und Stimmenabgabe nach Alter und Geschlecht werden in den nächsten Monatsheften veröffentlicht.

Walter Dahms

Nähere Angaben sind in den Statistischen Berichten B VII 1 enthalten. Vergleiche auch: "Die Bundestagswahl am 28. September 1969" in dieser Zeitschrift 1969, S. 222 (Oktober) und "Ergebnis der Wahl zum 7. Deutschen Bundestag am 19. 11. 1972" in Wirtschaft und Statistik 1972, S. 671 (November)

Die Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Schleswig-Holstein

Rund 17 000 Unfälle mit Personenschaden im Jahre 1971

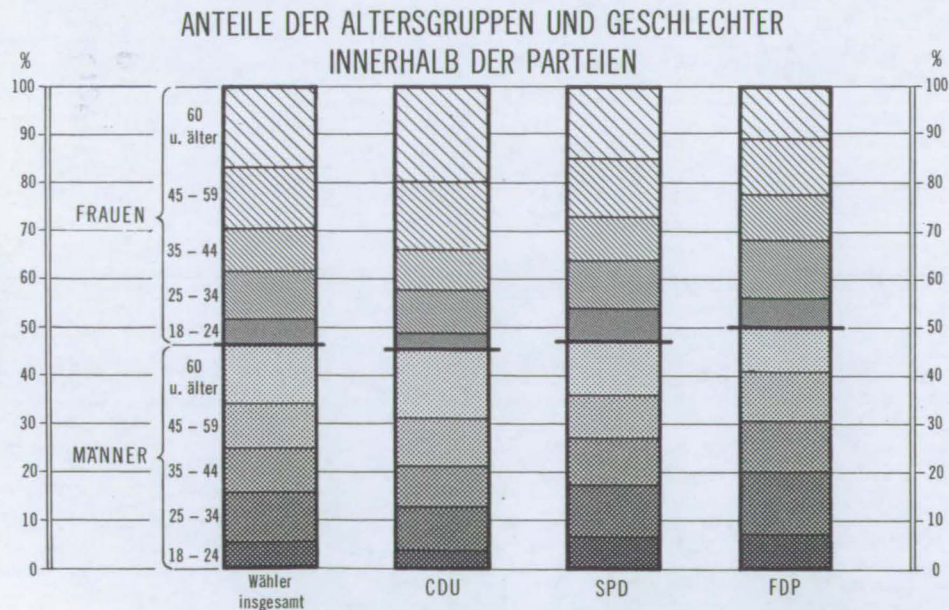
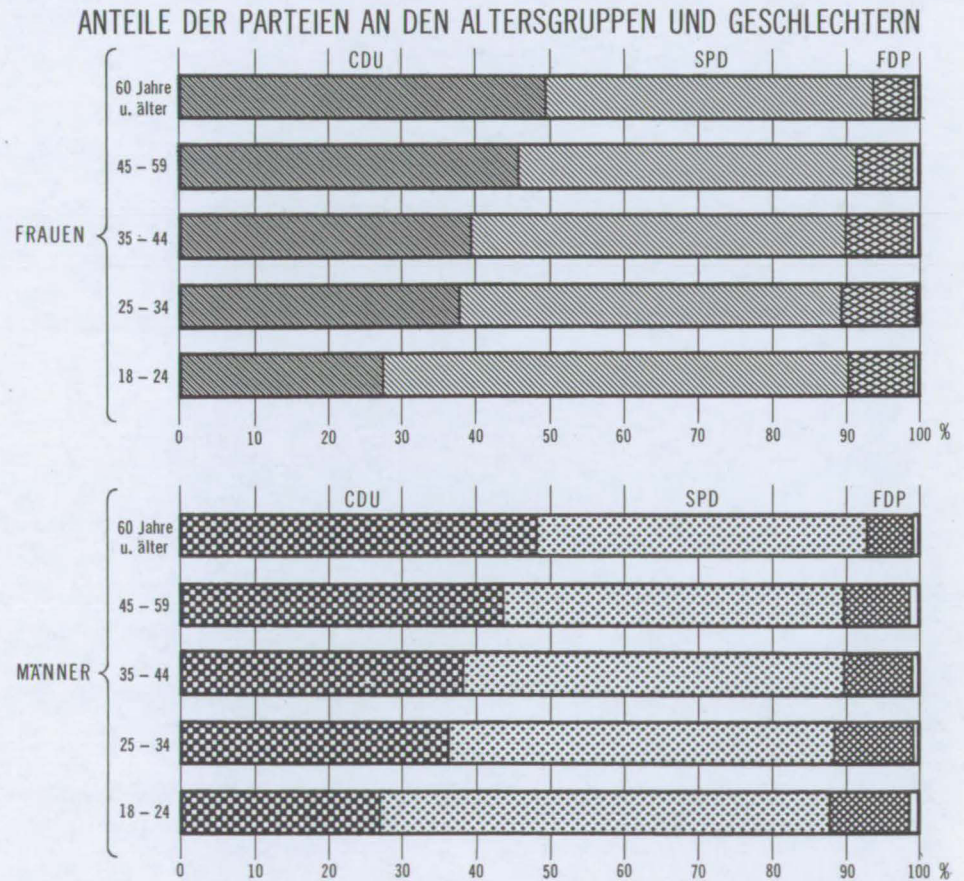
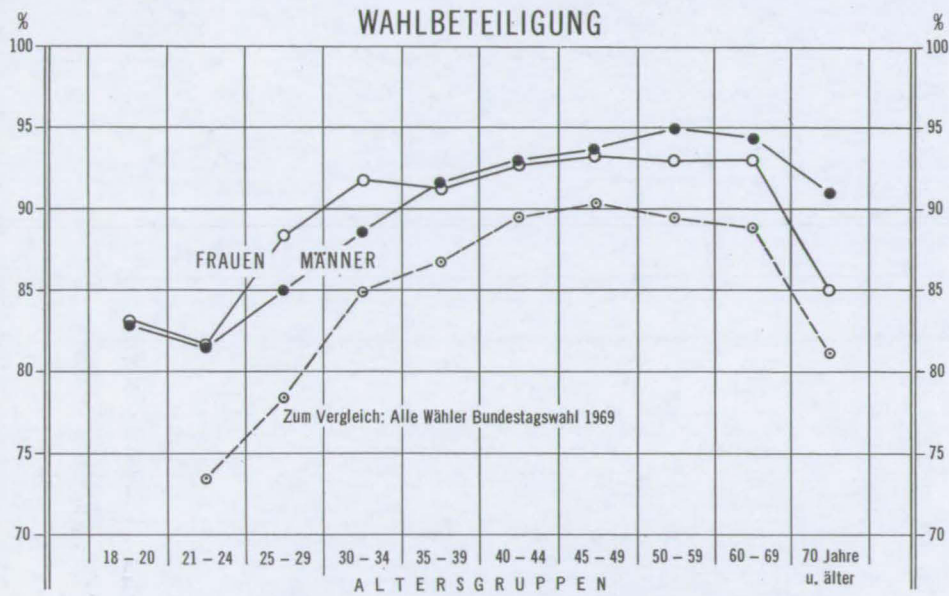
In den vergangenen 20 Jahren hat sich das Unfallgeschehen auf den Straßen Schleswig-Holsteins merklich verstärkt. Während sich 1951 6 000 Unfälle mit Personenschaden ereigneten, waren es im Jahre 1971 17 000. Demnach ereigneten sich 1971 etwa dreimal so viele Unfälle wie 1951.

Der Anstieg der Unfälle beruht u. a. auf der Ausdehnung des Verkehrs, dieser wiederum

hauptsächlich auf der Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes. Anfang Juli 1951 waren in Schleswig-Holstein 88 000 Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen. In der Mitte des Jahres 1971 betrug die Zahl der Kraftfahrzeuge 754 000. Seit 1951 hat sich der Kraftfahrzeugbestand also beinahe auf das Neunfache erhöht.

Daß die Zahl der Unfälle weniger stark zugenommen hat als der Kraftfahrzeugbestand, hat mehrere Ursachen. Wesentlich ist sicher, daß die Fahrleistungen je Kraftfahrzeug zurückgegangen sind, wenn auch die Fahr-

Bundestagswahl 1972 in Schleswig-Holstein nach Alter und Geschlecht



Die Grafik zeigt das Ergebnis einer Stichprobenerhebung. Die Briefwähler werden nicht mitrepräsentiert. Die Wahlergebnisse beziehen sich auf die Zweitstimmen.

Die Teilnahme an der Wahl war, anders als früher, bei Männern und Frauen fast gleich hoch. Bei allgemein gestiegener Wahlbeteiligung zeigten die 50- bis 59jährigen das größte Interesse. Von den Männern dieser Altersgruppe gingen sogar 95% zur Wahl. Am geringsten war die Wahlbeteiligung wie bisher bei den 21- bis 24jährigen, gefolgt von den unter 21 Jahre alten Wählern.

Das rechte Bild zeigt, welche Anteile die Parteien an den nach Geschlecht und Alter definierten Wählergruppen hatten. Von 100

Zweitstimmen der Männer entfielen 49,7 auf die SPD und 40,2 auf die CDU. Auch bei den Frauen ist erstmals der SPD-Anteil höher (48,9) als der der CDU (42,8). Ausschlaggebend hierfür sind die jüngeren und mittleren Jahrgänge. Der CDU-Anteil ist insgesamt nur bei den über 60jährigen höher als der der SPD.

Das Bild links unten zeigt die Anteile der Geschlechter und Altersgruppen innerhalb der Parteien und zum Vergleich bei allen Wählern. Die Wählerschaft der CDU besteht reichlicher als im Mittel aus Frauen und aus älteren Wählern. Umgekehrt dominieren bei der SPD die Männer und die jüngeren, bei der FDP noch stärker die Männer und die jüngeren und mittleren Jahrgänge.

leistungen insgesamt gestiegen sind. Außerdem sind in dem betrachteten Zeitraum zahlreiche Maßnahmen zur Unfallverhütung ergriffen worden. Erinnerung sei an die Einführung der "Zebrastreifen", an die ständige Ausweitung der Verkehrsregelung durch Ampeln sowie an die Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen innerhalb und teilweise auch außerhalb von Ortschaften. Andererseits ist auch das Straßennetz erweitert und qualitativ verbessert worden. So ist die Gesamtlänge der klassifizierten Straßen in Schleswig-Holstein innerhalb der letzten 10 Jahre um 25% auf eine Gesamtlänge von über 9 000 km erweitert worden. Die Gemeindestraßen sind um 9% verlängert worden. Sie umfaßten am 1. 1. 1971 17 000 km.

Auch die Tatsache, daß das Kraftrad durch den Personenkraftwagen verdrängt worden ist, muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden. In Zahlen liest sich der Strukturwandel bei den Kraftfahrzeugen so:

Am 1. Juli 1951 waren in Schleswig-Holstein 27 000 Personenkraftwagen zugelassen. Das waren 30% des gesamten Kraftfahrzeugbestandes. Bis zum 1. Juli 1971 war die Zahl der Personenkraftwagen kontinuierlich auf 626 000 angewachsen. Der Anteil der Pkw am gesamten Kraftfahrzeugbestand betrug an diesem Stichtag 83%. Die Zahl der Krafträder hat sich dagegen nur in der Zeit von Mitte 1951 bis Mitte 1957 vergrößert. Anfang Juli 1957 waren in Schleswig-Holstein annähernd 73 000 Motorräder und Motorroller registriert. Nach 1957 verringerte sich ihre Zahl ständig, und am 1. Juli 1971 wurden schließlich nur noch rund 6 000 Krafträder gezählt. Zwischen 1960 und 1969 ist auch die Zahl der Mopeds ständig gesunken, seit 1970 hat ihre Zahl jedoch wieder zugenommen.

Die Reihe der Bestimmungsfaktoren des Unfallgeschehens ließe sich noch fortführen. Die wenigen, beispielhaft angeführten Umstände machen jedoch bereits deutlich, daß das Unfallgeschehen sehr komplex ist und daß es schwer ist, den Einfluß einzelner Faktoren zu isolieren, geschweige denn zu quantifizieren.

Vorübergehender Rückgang der Unfälle

Die Unfallsituation auf den Straßen Schleswig-Holsteins hat sich seit 1951 nicht kontinuierlich verschlechtert. Vielmehr lassen sich in diesen 20 Jahren drei Phasen der Unfallentwicklung in Schleswig-Holstein unterscheiden. Die erste Phase reicht von 1951 bis 1960. In diesem Zeitabschnitt hat die Zahl der Unfälle mit Personenschaden ständig

Kraftfahrzeuge und Straßenverkehrsunfälle

Jahr	Kraftfahrzeuge		Unfälle mit Personenschaden	
	Schl.-Holst. in 1 000	in % des Bundes	Schl.-Holst. in 1 000	in % des Bundes
1951	88	3,4	6,0	.
1952	112	3,3	6,6	.
1953	139	3,3	8,4	3,3
1954	167	3,4	8,8	3,3
1955	188	3,5	9,9	3,3
1956	204	3,5	10,3	3,4
1957	225	3,5	10,5	3,5
1958	246	3,6	11,0	3,7
1959	273	3,8	12,2	3,7
1960	307	3,8	13,2	3,8
1961	341	3,9	13,2	3,9
1962	379	3,9	13,0	4,0
1963	419	4,0	12,6	4,0
1964	458	4,1	13,0	4,0
1965	498	4,1	12,5	4,0
1966	543	4,1	13,4	4,0
1967	569	4,1	14,3	4,3
1968	596	4,1	14,9	4,4
1969	636	4,1	15,2	4,5
1970	698	4,2	16,9	4,5
1971	754	4,2	17,2	4,7

zugenommen. Die zweite Phase beginnt im Jahre 1960 und endet im Jahre 1965. Sie ist gekennzeichnet durch eine Stagnation der Unfallzahlen mit leicht rückläufiger Tendenz. In der dritten Phase ab 1965 haben die Unfallzahlen erneut ständig zugenommen. Den vorläufigen Gipfelpunkt dieser Entwicklung bildet das Jahr 1971. Die erste und dritte Phase unterscheiden sich durch die verschiedenen hohe durchschnittliche jährliche Zuwachsraten der Unfallzahlen. Während zwischen 1951 und 1960 die Zahl der Unfälle jährlich im Durchschnitt um 9,0% zunahm, stieg sie ab 1965 im Durchschnitt um 5,5%.

... nur innerhalb von Ortschaften

Gliedert man die Unfälle mit Personenschaden nach Ortslagen auf, so zeigt sich, daß die wellenförmige Entwicklung der Gesamtzahl der Unfälle auf Schwankungen der Unfallzahlen innerhalb von Ortschaften zurückzuführen ist. Seit 1951 nahm die Entwicklung innerhalb von Ortschaften folgenden Verlauf:

Im Jahre 1951 ereigneten sich auf den Straßen innerhalb von Ortschaften 4 500 Unfälle mit Personenschaden. 1960 wurden fast doppelt so viele Unfälle, nämlich 8 900 registriert. Mit Ausnahme des Jahres 1957 verschlechterte sich die Unfallsituation in dieser Zeitspanne von Jahr zu Jahr. Ab 1960 dagegen ist deutlich ein Rückgang der Unfallzahlen zu erkennen, der bis zum Jahre 1965

reicht. In jenem Jahr wurden 7 500 Unfälle mit Personenschaden registriert. Danach stieg die Zahl der Unfälle wieder an. Mit 10 800 Unfällen wurde im Jahr 1971 der bisherige Höchststand erreicht. Im Unterschied dazu hat sich das Unfallgeschehen auf den Straßen außerhalb von Ortschaften seit 1951 ständig verschlimmert. Zu Beginn der betrachteten Zeitspanne wurden 1 500 Unfälle mit Personenschaden registriert. 20 Jahre später waren es 6 400 Unfälle, die einen Personenschaden zur Folge hatten.

Vergleicht man die Unfallzahlen des Jahres 1971 mit denen des Jahres 1951, kommt man zu folgendem Ergebnis: Für die geschlossene Ortslage errechnet sich eine Zunahme der Unfälle um 140%. Außerhalb von Ortschaften betrug der Anstieg 331%. In absoluten Größen war der Zuwachs allerdings innerorts größer als außerorts. Im Durchschnitt kamen nämlich ab 1951 innerhalb von Ortschaften jährlich 315 Unfälle mit Personenschaden hinzu, außerhalb von Ortschaften ereigneten sich jährlich 247 Unfälle mehr. Von 1965 an hat sich die Lage insofern geändert, als die Zahl der Unfälle innerorts nicht nur absolut, sondern auch relativ stärker zugenommen hat als außerorts. So betrug die Zunahme von 1965 bis 1971 innerorts 43,7%, außerorts dagegen 28,4%. Im Durchschnitt ab 1965 stieg die Zahl der Unfälle innerorts um 547 jährlich, außerorts um 237.

Entsprechend der unterschiedlichen Unfallentwicklung innerhalb und außerhalb von Ortschaften Schleswig-Holsteins haben sich die Anteile der Ortslagen an der Gesamtzahl der Unfälle verschoben. Während sich 1951 nur 25% aller Unfälle mit Personenschaden außerhalb von Ortschaften ereigneten, waren es 1965 40%. Da ab 1965 die Zahl der Unfälle außerorts weniger stark angestiegen ist als innerorts, hat sich auch der Anteil der freien Strecke wieder verringert. 1971 erreichte er 37%.

Ähnliche Entwicklung auch im Bundesgebiet

Ähnlich wie in Schleswig-Holstein hat sich das Unfallgeschehen im gesamten Bundesgebiet entwickelt. Bis 1956 stieg die Zahl der Unfälle mit Personenschaden zunächst steil an. 1957 und 1958 gingen die Unfallzahlen leicht zurück, um dann bis 1960 erneut anzuwachsen. Der Rückgang der Unfälle in den Jahren 1957 und 1958 beruhte ausschließlich auf einem Rückgang der Unfälle innerhalb von Ortschaften. Vermutlich hat die Begrenzung der Geschwindigkeit innerhalb von Ortschaften, die 1957 eingeführt wurde, zu dem Rückgang beigetragen. Das Jahr 1960 stellt

auch für das Bundesgebiet einen Umbruch in der Entwicklung der Unfallzahlen dar. Denn erst nach 10 Jahren wurde das Unfallniveau des Jahres 1960 übertroffen. Nach 1960 ging die Zahl der Unfälle zunächst scharf zurück und bewegte sich dann zwischen 210 000 und 230 000 mit leicht ansteigender Tendenz bis 1969.

Außerhalb von Ortschaften hat sich die Zahl der Unfälle mit Personenschaden nahezu kontinuierlich entwickelt. Allerdings war der Anstieg nicht so steil wie in Schleswig-Holstein. Während nämlich die Zahl der Unfälle im Bundesgebiet von 1960 bis 1971 um 26% gestiegen ist, betrug die Zunahme in Schleswig-Holstein 51%. Auch innerhalb von Ortschaften verlief die Entwicklung im Bundesgebiet günstiger als in Schleswig-Holstein. So stieg die Zahl der Unfälle zwischen 1960 und 1971 in Schleswig-Holstein um 21%, im Bundesdurchschnitt ging sie um 2% zurück.

Auch im Bundesgebiet ist der Anteil der Unfälle, die sich auf freier Strecke ereigneten, gestiegen. Er ist allerdings kleiner als in Schleswig-Holstein. So ereigneten sich 1960 28% aller Unfälle mit Personenschaden auf freier Strecke, 1971 waren es 33%.

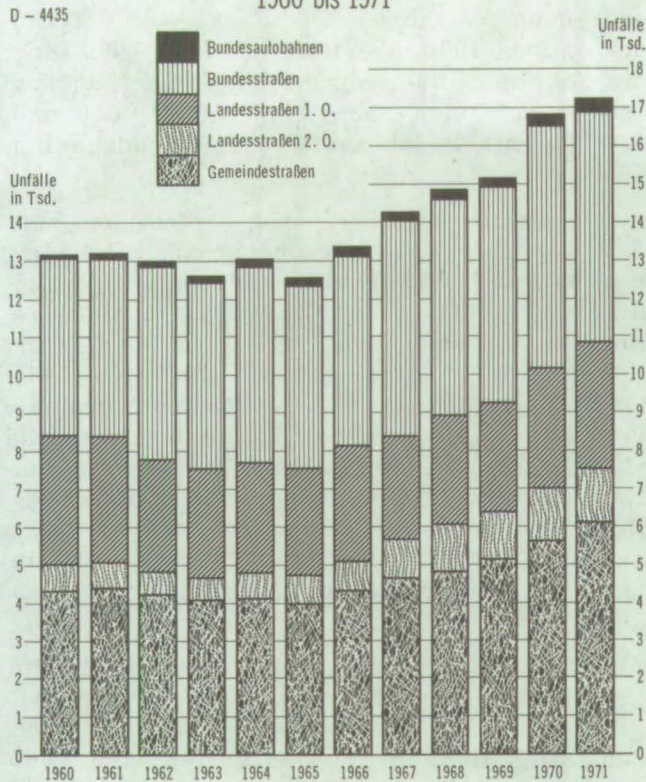
Starke Zunahme der Unfälle auf Gemeindestraßen

In der Straßenverkehrsunfallstatistik werden die Unfälle mit Personenschaden nicht nur nach Ortslagen, sondern auch nach Straßenarten nachgewiesen. Es werden Bundesautobahnen, Bundesstraßen, Landstraßen erster und zweiter Ordnung sowie Gemeindestraßen unterschieden.

1971 ereigneten sich in Schleswig-Holstein die meisten Unfälle mit Personenschaden auf den Gemeindestraßen. Insgesamt wurden dort 6 100 Unfälle gezählt, das sind 35,4% aller Unfälle mit Personenschaden. Zwischen 1960 und 1965 waren auf diesen Straßen die Unfälle zurückgegangen. Danach hat sich das Unfallgeschehen deutlich verstärkt. Der überwiegende Teil der Unfälle auf diesen Straßen ereignet sich innerhalb von Ortschaften. 1971 waren es 5 400 Unfälle, das sind 89% aller Unfälle auf Gemeindestraßen.

An zweiter Stelle lagen 1971 die Bundesstraßen. Dort wurden 1971 knapp 6 100 Unfälle mit Personenschaden registriert (35,2%). Die Unfälle auf Bundesstraßen haben seit 1960 unter starken jährlichen Schwankungen zugenommen. Für diesen Zeitraum errechnet sich eine Zunahme um 31,2%. Auf den Landstraßen erster Ordnung ereigneten sich 1971

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden nach der Straßenart 1960 bis 1971



Jahre 1971 dort 36 Unfälle je 10 km. In Schleswig-Holstein entfielen auf 10 Autobahnkilometer im Schnitt 31 Unfälle. An zweiter Stelle stehen die Bundesstraßen. Dort wurden im Bundesgebiet je 10 km 31 Unfälle, in Schleswig-Holstein 30 Unfälle registriert. Mit deutlichem Abstand folgen die Landstraßen erster und zweiter Ordnung sowie die Gemeindestraßen.

Im Bundesgebiet ist die Zahl der Unfälle je 10 km auf den Gemeindestraßen verhältnismäßig hoch. Dort wurden 6 Unfälle je 10 km registriert. In Schleswig-Holstein waren es 4 Unfälle. Der Vorsprung im Bundesgebiet mag darauf beruhen, daß sich in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin, aber wohl auch in Nordrhein-Westfalen, ein Großteil des Straßenverkehrs auf Gemeindestraßen abspielt. Im Jahre 1971 ereigneten sich auf den Gemeindestraßen des Bundesgebietes 153 000 Unfälle mit Personenschaden. Davon entfielen 93% auf die geschlossene Ortslage. Auf den Bundesstraßen wurden 102 000 Straßenverkehrsunfälle gezählt. Es folgen die Landstraßen erster Ordnung mit 72 000 Unfällen, die Landstraßen zweiter Ordnung mit 25 000 Unfällen und die Bundesautobahnen mit 16 000 Unfällen.

3 300 Unfälle mit Personenschaden, das ist etwa eben so viel wie 1960. Damit hatten die Landstraßen erster Ordnung einen Anteil von 19,2%. Auf den Landstraßen zweiter Ordnung haben sich die Unfälle mit Personenschaden seit 1960 geringfügig erhöht. Im Vergleich zu den Landstraßen erster Ordnung passieren hier wesentlich weniger Unfälle. 1971 waren es 1 400 Unfälle (8,2%). Die Unfälle auf Bundesstraßen sowie Landstraßen erster und zweiter Ordnung verteilen sich annähernd gleichmäßig auf die freie Strecke und die geschlossene Ortslage. Auf den Bundesautobahnen ereigneten sich 1971 354 Unfälle mit Personenschaden (2,1%). Allerdings ist hier die Zahl der Unfälle am stärksten gestiegen. Gegenüber 1960 erhöhte sie sich um 222%.

Es ist klar, daß ein Vergleich zwischen den Straßenarten nicht mit Hilfe der absoluten Unfallzahlen möglich ist. Vielmehr muß mindestens die Streckenlänge jeder Straßenart berücksichtigt werden, wenn schon die verschiedene Verkehrsdichte mangels entsprechender Feststellungen nicht mit in die Berechnung eingehen kann. Im folgenden Abschnitt werden zur Abrundung des Vergleichs auch die Zahlen für das Bundesgebiet genannt.

Erwartungsgemäß ist die Zahl der Unfälle je 10 km auf den Bundesautobahnen am höchsten. Im Bundesdurchschnitt ereigneten sich im

Anstieg der Unfälle mit Getöteten

Die Unfälle mit Personenschaden lassen sich weiter nach Unfallfolgen aufgliedern. Hinsichtlich der Folgen werden Unfälle mit Getöteten, Schwer- und Leichtverletzten unterschieden. Verletzte, die infolge eines Straßenverkehrsunfalles stationärer Behandlung zugeführt werden müssen, werden statistisch zu den Schwerverletzten gerechnet. Kriterium für die Zuordnung des Unfalles ist jeweils die schwerste Folge. Bei einem Unfall mit Getöteten können daher auch noch Personen verletzt worden und unverletzt beteiligt gewesen sein.

Die Zahl der Unfälle mit Getöteten ist in Schleswig-Holstein seit 1960 unter geringen jährlichen Schwankungen ständig angestiegen. Während sich 1960 500 Unfälle mit Getöteten ereigneten, wurden 1971 800 Unfälle mit Getöteten registriert. Der Anteil der Unfälle mit Getöteten an der Gesamtzahl der Unfälle mit Personenschaden bewegte sich in dem betrachteten Zeitraum zwischen 3,9 und 4,9% mit leicht zunehmender Tendenz.

Einen anderen Verlauf nahm die Entwicklung der Unfälle mit Schwerverletzten. Bis einschließlich 1965 blieb ihre Zahl annähernd konstant. Dann stieg sie von 4 600 im Jahre 1966 auf 5 800 im Jahre 1971. Der Anteil der

Unfälle mit Schwerverletzten bewegte sich zwischen 32,5% im Jahre 1961 und 35,7% im Jahre 1967. 1971 betrug der Anteil 33,4%.

Wieder anders entwickelte sich die Zahl der Unfälle mit Leichtverletzten. Von 1960 bis 1965 ging sie zurück, nach 1965 steig sie an. Während 1960 8 300 Unfälle gezählt wurden, waren es 1965 7 500 und 1971 10 600. Der Anteil der Unfälle mit Leichtverletzten an der Gesamtzahl der Unfälle lag vor zwei Jahren bei 60%. Der Umbruch in der Entwicklung der Unfälle mit Leichtverletzten im Jahre 1965 läßt sich nur innerhalb von Ortschaften feststellen.

Außerhalb von Ortschaften hat sich die Zahl der Unfälle mit Leichtverletzten ständig erhöht. Die Unfälle mit Schwerverletzten haben sich ähnlich wie die Unfälle mit Leichtverletzten entwickelt. Die Entwicklung ist aber nicht so ausgeprägt. Innerhalb von Ortschaften haben die Unfälle dagegen großen jährlichen Schwankungen unterlegen. Allerdings ist auch hier ein leichter Rückgang bis 1965 mit nachfolgendem Anstieg der Unfallzahlen bis 1971 zu erkennen. Im Bundesgebiet treffen wir eine ähnliche Entwicklung an. Außerhalb von Ortschaften haben sich die Unfälle mit Getöteten und die Unfälle mit Verletzten (Schwer- und Leichtverletzten) zwischen 1960 und 1971 ständig erhöht.

Dagegen läßt sich bei den Unfällen mit Verletzten innerhalb von Ortschaften ein Umbruch feststellen. Wie in Schleswig-Holstein ging ihre Zahl bis 1965 zurück, danach stieg sie ebenfalls an.

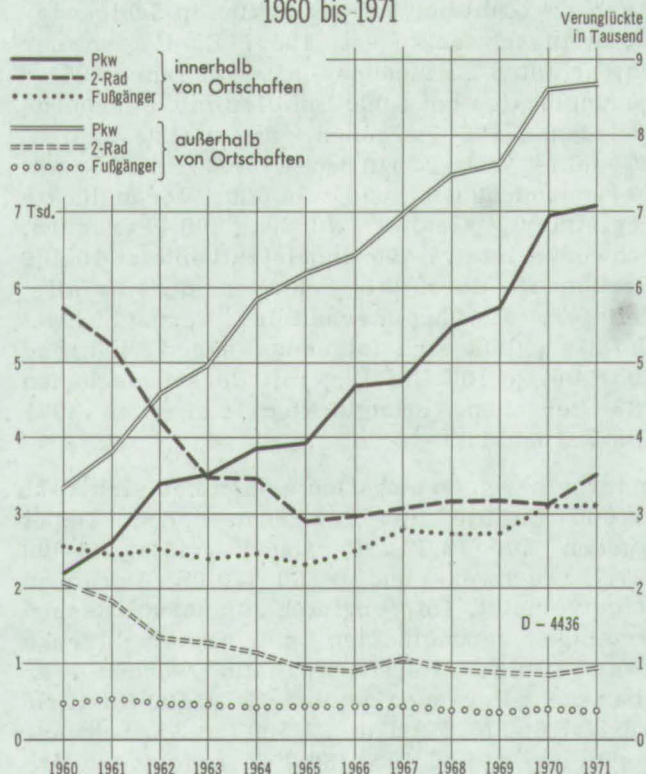
Ursache des Rückgangs: Strukturwandel

Daß der Rückgang der Straßenverkehrsunfälle zwischen 1960 und 1965 in Schleswig-Holstein im wesentlichen auf dem Strukturwandel des Kfz-Bestandes beruhte, wird deutlich, wenn man die Beteiligung des PKW, des Zweirades und der Fußgänger an den Straßenverkehrsunfällen im Zeitablauf verfolgt.

In der Straßenverkehrsunfallstatistik werden als beteiligte Verkehrsteilnehmer alle Fahrzeuge und Fußgänger erfaßt, die Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Ein Unfall betrifft im Durchschnitt mehrere beteiligte Verkehrsteilnehmer. Die Zahl der an Straßenverkehrsunfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer ist im allgemeinen größer als die Zahl der Verunglückten, diese wiederum größer als die Zahl der Unfälle mit Personenschaden.

Ab 1960 hat sich die Beteiligung der angeführten Teilnehmergruppen wie folgt entwickelt:

Verunglückte nach der Art der Beteiligung am Straßenverkehr 1960 bis 1971



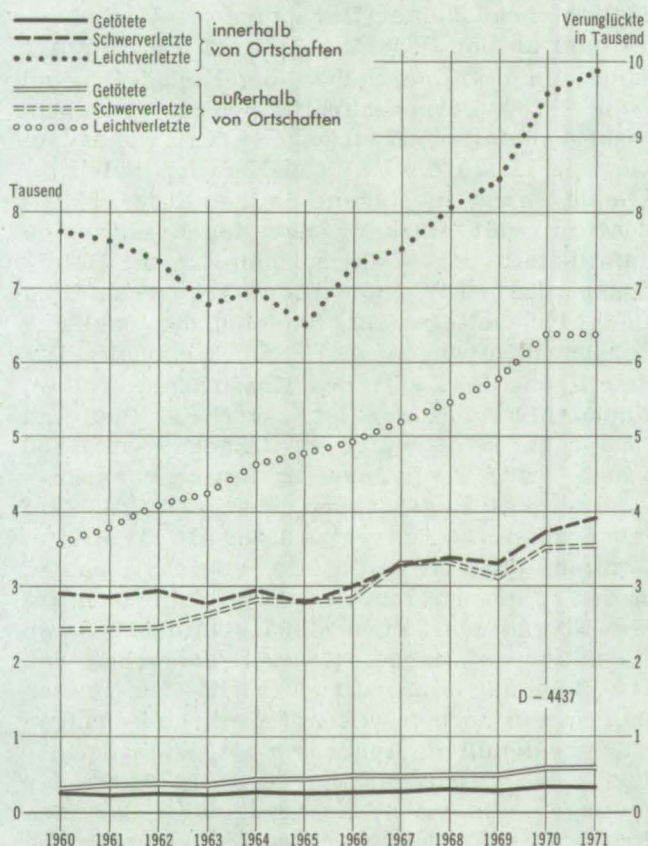
Entsprechend seiner Bedeutung als Verkehrsmittel war der PKW von Jahr zu Jahr immer mehr am Unfallgeschehen beteiligt. Während 1960 9 700 Personenkraftwagen in Straßenverkehrsunfälle verwickelt waren, waren im Jahre 1971 20 700 PKW an Unfällen beteiligt. Allerdings ist in diesem Zeitraum der PKW-Bestand weit stärker angestiegen als seine Unfallbeteiligung. Während nämlich die Beteiligung des PKW an Straßenverkehrsunfällen um 114% gestiegen ist, hat sich die Zahl der Personenkraftwagen um 263% erhöht. Die Beteiligung des Zweirades (Krafträder, -roller, Mopeds, Fahrräder) ist zwischen 1960 und 1965 dagegen erheblich zurückgegangen. 1960 waren 8 600 Zweiräder an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligt. Fünf Jahre später waren es weniger als die Hälfte, nämlich 4 000, die in Unfälle verwickelt waren. In den folgenden Jahren ist die Zahl dann auf dem Niveau des Jahres 1965 geblieben. Diese Stagnation ist angesichts der Tatsache, daß der Bestand an Krafträdern in den letzten Jahren nur noch unwesentlich zurückgegangen ist, verständlich. Außerdem ist, wie geschildert, der Mopedbestand seit 1970 wieder gestiegen. Es sei noch hinzugefügt, daß sich die Beteiligung der Fahrräder, die zur Gruppe der Zweiräder gezählt werden, nur unwesentlich verändert hat. Annähernd konstant ist auch die Beteiligung der Fußgänger gewesen.

915 Tote im Jahre 1971

Auch die Zahl der Verunglückten in Schleswig-Holstein schwankte seit 1951. Zu Beginn der betrachteten Zeitspanne - also im Jahre 1951 - verunglückten bei 6 000 Unfällen mit Personenschaden 7 400 Personen, davon 220 tödlich. 20 Jahre später wurden 17 000 Unfälle mit Personenschaden und 24 600 Verunglückte registriert. Getötet wurden 900 Personen, schwerverletzt 7 400 und leichtverletzt 16 200 Personen. Über die Schwere der Unfälle, definiert als das Verhältnis "Verunglückte : Unfälle", läßt sich folgendes sagen: Während 1951 bei je 100 Unfällen mit Personenschaden 123 Personen verunglückten, waren es 1971 143 Verunglückte¹.

Innerhalb von Ortschaften ereigneten sich 1971 10 800 Unfälle mit Personenschaden. Dabei wurden 300 (2,3%) Personen getötet, 3 900 (27,7%) schwer- und 9 900 (70,0%) Personen leichtverletzt. Im Vergleich zur geschlossenen Ortslage verunglückten auf freier Strecke zwar weniger Personen, dafür wurden hier aber mehr Personen getötet. Bei 6 400 Unfällen wurden 600 (5,6%) Tote, 3 500 (33,8%) Schwerverletzte und 6 400 (60,7%) Leichtverletzte geborgen.

Im Straßenverkehr verunglückte Personen 1960 bis 1971



1) vgl. hierzu "Die Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1967" in dieser Zeitschrift, 1968, S. 159 (Juli)

Die unterschiedliche Beteiligung der Verkehrsteilnehmergruppen am Unfallgeschehen schlägt sich zwangsläufig in den Verunglücktenzahlen nieder. So verunglückten 1971 mit dem PKW 15 700 Personen, auf dem Zweirad 4 500 Personen. Die Zahl der verunglückten Fußgänger betrug 3 500. Setzt man die Zahl der Verunglückten zur Zahl der an Unfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer in Beziehung, so zeigt sich, daß bei einem Unfall, in den ein Fußgänger oder ein Zweirad verwickelt ist, der beteiligte Fußgänger oder Zweiradfahrer meistens auch verletzt wird. Im PKW ist man dagegen gegen Verletzungen besser geschützt. Selbst unter der Annahme nämlich, daß in dem verunglückten Personenkraftwagen nur der Fahrer saß, ist die Relation Verunglückte zu Verkehrsteilnehmer beim PKW immer noch günstiger als bei anderen Teilnehmergruppen.

Weitere Einflußfaktoren

Wie schon festgestellt wurde, hat sich die Zahl der Unfälle in Schleswig-Holstein ab 1960 stärker als im Bundesgebiet erhöht. Dieser Unterschied hat sich insbesondere durch die Entwicklung seit 1965 herausgebildet. Während nämlich von 1965 bis 1971 im Bundesdurchschnitt die Zahl der Unfälle mit Personenschaden um 16,7% angestiegen ist, erhöhte sie sich in Schleswig-Holstein um 37,6%.

Forscht man nach den Ursachen der ungünstigeren Unfallentwicklung in Schleswig-Holstein seit 1965, stellt sich u. a. die Frage nach der Entwicklung des Kraftfahrzeug- oder PKW-Bestandes. Hinsichtlich der Entwicklung des PKW-Bestandes ergeben sich zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet folgende Unterschiede: Während im Bundesgebiet der PKW-Bestand zwischen 1965 und 1971 um 63,1% angewachsen ist, betrug die Zunahme in Schleswig-Holstein 67,2%.

Gravierender dürfte der Unterschied bei den Fahrleistungen sein. Diese Vermutung stützt sich auf die Tatsache, daß Schleswig-Holstein ein Flächenland ist und daher im Schnitt größere Entfernungen zwischen Wohnort und Arbeitsplatz überbrückt und längere Transportwege zwischen den Wirtschaftszentren in Kauf genommen werden müssen als im Bundesgebiet. Daß demzufolge im Mittel auch höhere Geschwindigkeiten gefahren werden können, mag ebenfalls eine Rolle spielen.

Neben den vermutlich höheren Fahrleistungen der im Lande zugelassenen Kfz dürfte noch ein anderer Faktor zur Anhebung der Verkehrsdichte auf den Straßen des Landes beigetragen haben, nämlich zahlreiche Fahrten von nicht im Lande zugelassenen Kfz auf

Schleswig-Holsteins Straßen im Zuge des Fremdenverkehrs. In den letzten Jahren hat der Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein weiter an Bedeutung gewonnen. So war die Zahl der Übernachtungen in Beherbergungsstätten und auf Zeltplätzen (ohne Kinderheime, Jugendherbergen) im Fremdenverkehrsjahr 1970/71 um 53% höher als 1964/65. Im Bundesdurchschnitt ergab sich ein Zuwachs um 26%. Die Zuwachsrate von 53% bringt aber noch nicht das volle Ausmaß der Fremdenverkehrsentwicklung in Schleswig-Holstein zum Ausdruck. Denn diejenigen Personen, die ihren Urlaub oder das Wochenende in eigenen

Appartments oder Ferienhäusern verbringen, werden von der Fremdenverkehrsstatistik nicht erfaßt. Ihre Zahl dürfte aber in den vergangenen Jahren besonders stark zugenommen haben. Außerdem ist der Anteil gerade der PKW-Reisen an allen Urlaubsreisen beim Reiseziel Schleswig-Holstein größer als bei allen Inlandreisen der Bundesbürger.

Karlheinz König

Nähere Angaben sind in den Statistischen Berichten H 1 1 enthalten. Vergleiche auch: "Straßenverkehrsunfälle 1971" in Wirtschaft und Statistik 1972, S. 193 (März)

Die Zahlungsschwierigkeiten in den Jahren 1968 bis 1971

Die Insolvenzhäufigkeit in Schleswig-Holstein zeigt für die zurückliegenden 4 Jahre keinen eindeutigen Trend. Abnahmen und Zunahmen der jährlich von den Amtsgerichten insgesamt gemeldeten Konkurse und Vergleichsverfahren wechselten einander ab, ohne daß sich hieraus eine sinnvolle Beziehung zur wirtschaftlichen Entwicklung ablesen läßt. Die auf Bundesebene im allgemeinen zu erwartende Abhängigkeit zwischen Wirtschaftskonjunktur und Häufigkeit der finanziellen Zusammenbrüche besteht in Schleswig-Holstein offenbar nicht oder doch nur in sehr abgeschwächtem Maße. Diese Erscheinung ist nicht neu. Sie ist bereits seit langer Zeit zu beobachten und dürfte hauptsächlich auf die Randlage Schleswig-Holsteins zum Zentrum des wirtschaftlichen Geschehens im Bundesgebiet zurückgehen. Die Randlage bewirkt, daß einerseits im Falle einer krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung der Einfluß auf die Zahlungsfähigkeit der Erwerbsunternehmen relativ geringer ist als im Bundesgebiet. Andererseits kann es in einem

ausgesprochenen Boom-Jahr dennoch zu einer relativ hohen Insolvenzhäufigkeit kommen, weil sich der Ausschlag des Pendels der konjunkturellen Entwicklung nur abgeschwächt oder mit erheblicher Verspätung bemerkbar macht. Außerdem sei hervorgehoben, daß die absolute Zahl der gerichtlich erfaßten Insolvenzen in Schleswig-Holstein recht gering ist, was die Gefahr von zufälligen Beeinflussungen des Ergebnisses erhöht. Nur in den Bundesländern Bremen und Saarland gibt es noch weniger Zahlungsschwierigkeiten als in Schleswig-Holstein.

Konkurse und Vergleichsverfahren

Die Insolvenzhäufigkeit war in Schleswig-Holstein insgesamt gesehen im Jahre 1971 mit 157 Verfahren etwas geringer als 1970, jedoch größer als in den Jahren 1968 und 1969. Aus dem Ergebnis des Jahres 1971 ist besonders zu erwähnen die Verschiebung der Anteile der Erwerbsunternehmen und der anderen Gemein-

Die Insolvenzen¹ in Schleswig-Holstein 1968 bis 1971

Jahr	Insolvenzen insgesamt	davon					Insolvenzen von			
		zusammen	Konkurse ¹		Vergleichsverfahren		Erwerbsunternehmen		anderen Gemein- schuldern Anzahl	
			mangels Masse abgelehnt	Anzahl	% von Sp. 2	Anzahl	% von Sp. 1	Anzahl		% von Sp. 1
1968	150	133	52	39	17	11	105	70	45	
1969	139	125	54	43	14	10	103	74	36	
1970	160	146	53	36	14	9	129	81	31	
1971	157	149	57	38	8	5	115	73	42	

1) einschließlich Anschlußkonkurse (1968 = 5, 1969 = 3, 1970 = 4, 1971 = 5)

schuldner an allen Insolvenzen; während gegenüber dem Vorjahre 14 Erwerbsunternehmen weniger wirtschaftlich zusammenbrachen, waren es 11 andere Gemeinschuldner (Nachlässe, private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbscharakter) mehr, so daß die Zahl der Konkurse zusammen 1971 größer war als im Vorjahr. Die Zahl der eröffneten Vergleichsverfahren hat in den letzten 5 Jahren merklich abgenommen. Sie verringerte sich seit 1967 um zwei Drittel, gleichzeitig ging ihr Anteil an allen gemeldeten Zahlungsschwierigkeiten auf 5% im Jahre 1971 zurück.

Ein nicht unbeträchtlicher Teil der bei den Amtsgerichten gestellten Anträge auf Eröffnung eines Konkursverfahrens wird mangels nicht ausreichender Konkursmasse abgelehnt. Die Abweisung des Eröffnungsantrages erfolgt in der Regel dann, wenn die Gerichtskosten für das gemeinschaftliche Verfahren und die Ausgaben für die Verwaltung, Verwertung und Verteilung der Konkursmasse nach dem Ermessen des Gerichts nicht vorhanden sind. In den Jahren 1968 bis 1971 schwankte der Anteil der Ablehnungen an den mitgeteilten Konkursanträgen zwischen 36% und 43%. Dies ist wieder wesentlich mehr als im Jahre 1967; damals belief sich der Anteil der Ablehnungen auf nur 26%. Es war dies der niedrigste Anteil, der jemals seit 1950 ermittelt worden ist.

Alter und Rechtsform der Erwerbsunternehmen

Die Amtsgerichte melden unter anderem, wie viele Jahre die insolvent gewordenen Erwerbsunternehmen seit ihrer Gründung bis zum Antrag des Verfahrens bestanden haben. Die statistische Aufbereitung zeigt, daß von den im Jahre 1971 in Konkurs gegangenen Unternehmen etwa die Hälfte vor nicht mehr als 5 Jahren gegründet worden ist. Etwa je ein Fünftel wurde 6 bis 15 Jahre und über 15 Jahre alt. Bei rund einem Zehntel der Erwerbsunternehmen war das Alter zur Zeit des Konkursantrages unbekannt. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Die insolvent gewordenen Erwerbsunternehmen nach ihrem Alter im Jahre 1971

Alter	Unternehmen zusammen	davon mit beantragtem	
		Konkursverfahren ¹⁾	Vergleichsverfahren
bis zu 5 Jahren	56	55	1
6 bis 15 Jahre	24	21	3
16 und mehr Jahre	23	20	3
Alter unbekannt	12	12	-
Insgesamt	115	108	7

1) einschließlich Anschlußkonkurse

Mangelhafte Erfahrung im Wettbewerb mit anderen und damit verbunden eine falsche Einschätzung der vorhandenen geschäftlichen Möglichkeiten sowie eine oftmals nicht ausreichende Eigenkapitaldecke dürften mit einer der wesentlichen Ursachen für das geringe Alter vieler in Konkurs gegangener Erwerbsunternehmen sein. Bei Vergleichsverfahren überwiegen dagegen die älteren Unternehmen. Das Vertrauen der Gläubiger ist ihnen gegenüber offenbar wesentlich größer, und man traut ihnen noch eher zu, daß sie bei Fortführung ihrer Geschäfte zumindest einen im Wege des Vergleichs vereinbarten Teil ihrer Schulden in absehbarer Zeit wieder zurückzahlen können.

Erreicht der Schuldner dieses Ziel nicht und kommt es im Anschluß an ein nicht abgeschlossenes Vergleichsverfahren doch zum Konkurs, so spricht man vom sogenannten Anschlußkonkurs. Diese Anschlußkonkurse werden von der Statistik, soweit nichts anderes vermerkt ist, zweimal ausgewiesen, nämlich sowohl unter den Konkursen als auch unter den vorangegangenen Vergleichsverfahren. Auf eine Bereinigung dieser Doppelzählungen ist wegen der geringen Zahl der Anschlußkonkurse verzichtet worden. Ihre Anzahl belief sich in Schleswig-Holstein in den Jahren 1968 bis 1971 auf 3 bis 5 Fälle pro Jahr. In der Regel liegt zwischen Eröffnung des Vergleichsverfahrens und Überleitung in das Konkursverfahren ein Zeitraum von nicht mehr als 4 Monaten.

Von den Verfahrensanträgen entfällt erfahrungsgemäß der größte Anteil auf die nicht eingetragenen Erwerbsunternehmen. In Schleswig-Holstein ist ihr Anteil mit 50% an allen Insolvenzen von Erwerbsunternehmen in den 4 Berichtsjahren ziemlich konstant gewesen, allerdings entfielen im Jahre 1970 auf sie sogar 56%. Die Anteile der übrigen Rechtsformen haben sich dagegen besonders im

Die Insolvenzen der Erwerbsunternehmen nach der Rechtsform 1968 bis 1971

Rechtsform	Konkurse und Vergleichsverfahren			1971	
	1968	1969	1970	Anzahl	%
Nicht eingetragene Erwerbsunternehmen	54	51	72	57	50
Einzelfirmen	16	20	27	15	13
Personengesellschaften	21	14	17	24	21
Kapitalgesellschaften	14	16	13	19	17
Eingetragene Genossenschaften	-	2	-	-	-
Sonstige Erwerbsunternehmen	-	-	-	-	-
Insgesamt	105	103	129	115	100

Jahre 1971 gegenüber den Vorjahren nicht unwesentlich verändert. Hierbei ist eine merkbare Verlagerung des Gewichts von den ins Handelsregister eingetragenen Einzel-firmen zu den Personen- und Kapitalgesell-schaften festzustellen. 17% aller Insolvenzen von Erwerbsunternehmen entfielen 1971 auf Kapitalgesellschaften, und zwar ausnahmslos auf Gesellschaften mbH, weitere 21% auf Personengesellschaften. Geht man davon aus, daß die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein mit weniger als 4% und die Personen-gesellschaften mit knapp über 5% an der Gesamtheit aller tätigen Unternehmen beteiligt sind¹, so muß man zu dem Schluß kommen, daß die Insolvenzquote der Gesellschaften erheblich höher ist als die der Einzel-firmen. Die Ursache hierfür dürfte unter anderem in der größeren wirtschaftlichen Bedeutung dieser Gesellschaften liegen. Das Interesse der Gläubiger an einer gerichtlichen Überwachung der finanziellen Abwicklung eines insolvent gewordenen Unternehmens ist bei Gesell-schaften zwangsläufig größer als bei vielen kleinen Einzelunternehmen. Die zum Teil nur scheinbare höhere Insolvenzquote der Gesell-schaften dürfte auch dadurch hervorgerufen werden, daß die finanziellen Zusammenbrüche von kleinen Unternehmen statistisch nicht erfaßt werden können, wenn von den Gläubigern auf ein gerichtliches Verfahren verzichtet worden ist.

Höhe der Forderungen

Wie in den früheren Jahren konnten die Amtsgerichte die Höhe der Forderungen der Gläubiger gegen die Gemeinschuldner bei Konkurseröffnung nicht in allen Fällen dem Statistischen Landesamt mitteilen. Teilweise war zu diesem Zeitpunkt die Höhe der Forderungen überhaupt noch nicht bekannt, teilweise wurden sie von den Konkurs-verwaltern bestritten, teilweise meldeten die Gerichte auch Schätzwerte, so daß den Angaben allgemein nur ein voraussichtlicher Charakter zukommt, keinesfalls jedoch der Anspruch auf Vollständigkeit.

Gliedert man die Konkurse nach der Höhe der Forderungen, so fällt zunächst einmal auf, daß die Verfahrensanmeldungen in den beiden unteren Gruppen (bis zu 50 000 DM Konkursforderungen) seit 1968 erheblich nach-gelassen haben. Ihr Anteil an allen Konkursen ging im Berichtszeitraum von etwa einem

Konkurse¹ nach der Höhe der voraussichtlichen Forderungen
1968 bis 1971

Höhe der Forderungen in 1 000 DM	Konkurse						
	1968 1969 1970			1971		davon	
	%			An- zahl	%	eröff- net	man- gels Masse abge- lehnt
unter 10	17	15	10	16	11	3	13
10 - 50	17	15	15	16	11	13	3
50 - 100	10	13	5	19	13	13	6
100 - 500	24	33	31	48	32	35	13
500 - 1 000	7	6	8	12	8	9	3
1 000 - 5 000	5	2	4	7	5	7	-
5 000 und mehr	-	1	3	3	2	3	-
Unbekannt	20	14	25	28	19	9	19

1) einschließlich Anschlußkonkurse und mangels Masse abgelehnter Verfahren

Drittel auf ein Fünftel zurück. In den darüber-liegenden Größenklassen ist dagegen die pro-zentuale Besetzung im Jahre 1971 fast durchweg höher als 1968, wobei es in den dazwischenliegenden Jahren auch zu erheb-lichen Schwankungen in der Besetzung der einzelnen Klassen gekommen ist. Die Schwan-kungen sind unter anderem davon abhängig, wie groß der Anteil der Konkurse mit unbekannter Höhe der Forderungen im jeweiligen Jahr gewesen ist. Dies machen insbesondere die Zahlen aus dem Jahr 1970 in der Tabelle oben deutlich. Damals war bei einem Viertel aller Konkurse die Höhe der Forderungen unbekannt. Gleichzeitig wurden in der Größenklasse 50 000 bis 100 000 DM auffallend wenige Fälle gemeldet. Im Durch-schnitt bewegte sich die Quote der Konkurse mit unbekannter Höhe der Forderungen im Berichtszeitraum um 20%.

Sowohl im Jahre 1971 als auch in den beiden vorhergehenden Jahren konzentrierte sich etwa ein Drittel aller Konkurse in der Größenklasse von 100 000 bis 500 000 DM. Etwa jeder 7. Gemeinschuldner hatte in den Jahren 1970 und 1971 noch höhere Forderungen zu erfüllen, wobei die Zahl der Millionenkonkurse (es waren in beiden Jahren jeweils 10) unverändert blieb. 1968 wurden 7, im Jahre 1969 dagegen sogar nur 4 dieser finanziell bedeutenden wirtschaftlichen Zusammenbrüche registriert. Der Prozentsatz der Verfahrensanträge, die mangels Masse abgelehnt werden müssen, ist bei geringer Höhe der Forderungen am größten. Er nimmt in der Regel mit steigender Höhe der Gläubigeransprüche ab. Masselose Millionenkonkurse hat es in den Jahren 1971 und 1968 überhaupt nicht und in den beiden

1) Nach dem Ergebnis der Arbeitsstättenzählung vom 27. 5. 1970 gab es in Schleswig-Holstein rd. 70 000 Unternehmen, darunter 3 760 Personen-gesellschaften (OHG, KG). Die Zahl der Gesellschaften mbH wird nach der Statistik der Eintragungen der Kapitalgesellschaften in die Handels-register am 31. 12. 1971 mit 2 519 angegeben

Die voraussichtlichen Konkursforderungen¹ nach ihrer Höhe 1968 bis 1971

Höhe der Forderungen in 1 000 DM	1968		1969		1970		1971	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
unter 10	62	0,2	84	0,3	84	0,1	77	0,1
10 – 50	562	2,0	434	1,6	564	0,8	488	0,8
50 – 100	1 024	3,6	1 240	4,7	556	0,7	1 599	2,7
100 – 500	6 117	21,5	9 533	35,8	11 900	15,9	12 230	20,5
500 – 1 000	6 675	23,5	6 178	23,2	7 644	10,2	9 296	15,6
1 000 – 5 000	14 000	49,2	3 160	11,9	13 000	17,3	13 400	22,5
5 000 und mehr	–	–	6 000	22,5	41 300	55,0	22 500	37,8
Insgesamt	28 439	100	26 630	100	75 048	100	59 590	100

1) einschließlich Anschlußkonkurse und doppelt erfaßter Ansprüche gegen persönlich haftende Gesellschafter

übrigen Berichtsjahren nur in je einem Fall gegeben.

Die ungefähre Höhe der insgesamt geltend gemachten Konkursforderungen ist nach 1969 ganz beträchtlich gestiegen. Während die Summe der Forderungen in den Jahren 1968 und 1969 von den Amtsgerichten noch mit 28 und 27 Mill. DM angegeben worden ist, stieg sie im Laufe des Jahres 1970 sprunghaft auf 75 Mill. DM. Im Jahre 1971 war dann der Umfang der Forderungen mit insgesamt 60 Mill. DM wieder erheblich geringer als im Vorjahre, aber immer noch über doppelt so hoch wie in den beiden ersten Berichtsjahren. Dem Betrachter der Tabelle fällt auf, daß die Entwicklung maßgeblich von den Millionenkonkursen beeinflusst worden ist, deren Gläubiger im Jahre 1970 allein Forderungsansprüche in Höhe von 54 Mill. DM anmeldeten, was nahezu drei Vierteln aller in diesem Jahre geltend gemachten Ansprüche entspricht. Dagegen ist das Ausmaß des finanziellen Schadens, der durch die kleinen Konkurse mit Ansprüchen unter 50 000 DM entsteht, vergleichsweise bedeutungslos. In den Jahren 1970 und 1971 entfiel auf sie ein Anteil an den insgesamt geltend gemachten Forderungen von weniger als 1%. In die Gruppe der Kleinkonkurse fällt erfahrungsgemäß auch ein erheblicher Teil derjenigen Gemeinschuldner, deren Forderungen bei Konkurseröffnung noch nicht bekannt war. Von ihnen ist eine wesentliche Änderung der gesamten Forderungsansprüche nicht zu erwarten.

Die angemeldeten Gläubigerforderungen können unter Umständen überhöht sein, nämlich dann, wenn Ansprüche doppelt oder mehrfach erfaßt sind, weil sie bei insolvent gewordenen Gesellschaften in mehreren Verfahren einmal gegen die Gesellschaft als ganzes und zum anderen gegen die persönlich haftenden Gesellschafter einzeln geltend gemacht worden sind. Es können dann Ergebnisse entstehen, die von der

endgültig festgestellten Schuldenmasse erheblich abweichen. Eine Bereinigung der ohnehin voraussichtlichen Forderungen erfolgt nicht. Sie wird erst bei der Darstellung der endgültigen finanziellen Ergebnisse vorgenommen, worüber unten noch berichtet wird.

Wirtschaftliche Gliederung

In fast allen Wirtschaftsbereichen (ausgenommen ist das verarbeitende Gewerbe) sind die Insolvenzziffern des Jahres 1971 höher als die des Jahres 1968. Die Entwicklung ist jedoch im Berichtszeitraum nicht gleichmäßig, sondern in den einzelnen Wirtschaftsbereichen recht unterschiedlich verlaufen. Günstig hat sich die Insolvenzziffer in dem verarbeitenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) entwickelt. Hier ging die Zahl der finanziellen Zusammenbrüche von 30 im Jahre 1968 um fast die Hälfte auf 16 im Jahre 1971 zurück. Unter diesen 16 waren nur 4 Handwerksbetriebe, so daß sich für das verarbeitende Handwerk (ohne Bauhandwerk) die extrem niedrige Insolvenzquote von 0,51 (Insolvenzen je 1 000 Unternehmen) ergibt. Das verarbeitende Gewerbe insgesamt ist damit in Schleswig-Holstein im Jahre 1971 erheblich weniger krisenanfällig gewesen als im Durchschnitt des Bundesgebiets.

Dagegen war im Jahre 1971 das Baugewerbe die von allen Wirtschaftsabteilungen durch Zahlungsunfähigkeiten am stärksten betroffene Branche. Seit 1969 haben in diesem Bereich die Insolvenzen wieder erheblich zugenommen und erreichten mit einer Insolvenzquote von 5,02 im Jahre 1971 einen wesentlich höheren Stand als im Bundesgebiet. Bemerkenswert ist auch hier die unterdurchschnittliche Beteiligung der Handwerksbetriebe an den Zahlungseinstellungen, während die Industrie und die nicht in die Handwerksrolle ein-

Die Insolvenzen¹ in wirtschaftlicher Gliederung 1968 bis 1971

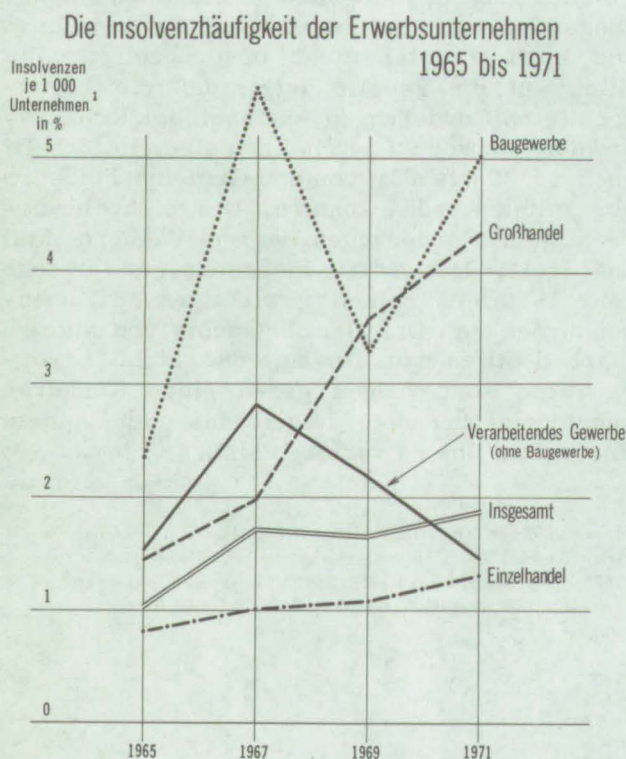
Wirtschaftsabteilung	Insolvenzen				Insolvenzquoten ²			
	1968	1969	1970	1971	1969	1971	dagegen Bundesgebiet 1971	
	Anzahl				%			
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	30	24	21	16	13,9	2,17	1,46	2,28
darunter Handwerk ³	20	10	11	4	3,5	1,24	0,51	0,68
Baugewerbe	25	19	22	30	26,1	3,25	5,02	3,44
darunter Handwerk ³	18	14	12	20	17,4	2,61	3,72	1,60
Handel	33	33	47	38	33,0	1,41	1,67	1,66
darunter Großhandel	13	14	16	17	14,8	3,57	4,34	3,74
Einzelhandel	20	18	29	21	18,3	1,08	1,32	1,29
Übrige Wirtschaftsbereiche	17	27	39	31	27,0	1,11 ^a	1,22 ^a	.
Erwerbsunternehmen zusammen	105	103	129	115	100	1,66 ^a	1,87 ^a	.
außerdem Natürliche Personen, Nachlässe und andere Gemeinschuldner	45	36	31	42
Insgesamt	150	139	160	157

1) einschließlich Anschlußkonkurse

2) Insolvenzen je 1 000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen aus der Umsatzsteuerstatistik 1968 und 1970

3) in die Handwerksrolle eingetragene Unternehmen

a) ohne land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, für die gemäß § 24 (1) UStG eine Umsatzsteuerschuld nicht festzusetzen ist (1969 = 3, 1971 = 2 Insolvenzfälle)



D - 4438

1) aus den Umsatzsteuerstatistiken 1964, 1966, 1968 und 1970

getragenen Betriebe des sonstigen produzierenden Gewerbes offenbar in der Regel krisenanfälliger sind.

Auf die Wirtschaftsabteilung Handel entfielen im Jahre 1971 38 Insolvenzen, das ist ein Drittel aller erfaßten. In diesem Bereich ist nach 1970 eine erhebliche Abnahme der Zahlungsschwierigkeiten festzustellen, die

ausschließlich auf die Entwicklung im Einzelhandel zurückgeht. Im Großhandel ist dagegen die Insolvenzziffer fast unverändert geblieben. Besonders hinzuweisen ist auf die unterschiedliche Insolvenzquote im Groß- und Einzelhandel. Der Großhandel gehörte 1971 nach dem Baugewerbe zu dem am stärksten betroffenen Wirtschaftsbereich; im Jahre 1969 war hier sogar die relative Insolvenzhäufigkeit höher als im Baugewerbe. Die erhebliche Zunahme in der Insolvenzziffer in den übrigen Wirtschaftsbereichen seit 1968 geht hauptsächlich auf den Dienstleistungssektor zurück. In diesem Wirtschaftszweig hat übrigens nicht nur die Zahl der Konkurse sondern auch die der überhaupt wirtschaftlich tätigen Unternehmen in letzter Zeit merkbar zugenommen.

Finanzielle Ergebnisse

Die tatsächlichen Verluste durch in Zahlungsschwierigkeiten geratene Gemeinschuldner können von der Statistik immer erst dann erfaßt werden, wenn die gerichtlichen Verfahren über die Ermittlung der Höhe der Forderungen und die Feststellung der Teilungsmasse zu einem gewissen Abschluß gekommen sind oder - bei Vergleichsverfahren - die Vergleichsanträge angenommen und vom Gericht bestätigt sind. Die Verfahren können sich unter Umständen über viele Jahre hinziehen, wenn z. B. der Konkurschuldner eine ordentliche Buchführung nicht vorweisen kann oder die Forderungen der Gläubiger vom Konkursverwalter bestritten werden. Die Statistik

Voraussichtliche finanzielle Ergebnisse der eröffneten Konkurse¹ und Vergleichsverfahren
nach dem Stand vom 31. 12. des der Eröffnung folgenden Jahres

Jahr der Eröffnung	Eröffnete Konkurse		Vergleichs- verfahren mit Angabe der finanziellen Ergebnisse	Festgestellte Verluste in 1 000 DM			Deckungsquote in % der Forderungen		
	insgesamt	mit Angabe der finanziellen Ergebnisse		insgesamt	davon bei		bei Konkursen		
					Konkursen	Erlaß- vergleichen	bevor- rechtigte Forderungen	nicht bevor- rechtigte Forderungen	bei Erlaß- vergleichen
1967	86	70	14	18 414	16 463	1 951	40	8	42
1968	81	69	13	19 818	17 494	2 324	49	11	39
1969	71	63	7	27 327	23 857	3 470	65	15	36
1970	93	76	9	93 832	92 480	1 352	22	4	42

1) einschließlich Anschlußkonkurse; Ansprüche gegen persönlich haftende Gesellschafter nur einmal erfaßt

kann daher nur in denjenigen Fällen finanzielle Ergebnisse ausweisen, in denen die Verfahren innerhalb einer relativ kurzen Zeit abgewickelt worden sind, nämlich bis zum Ende des der Eröffnung folgenden Kalenderjahres. Dauert die Abwicklung eines Verfahrens länger, so wird aus Gründen der Aktualität auf die Erfassung der Ergebnisse verzichtet. Hieraus folgt, daß die finanziellen Ergebnisse in der Regel nur Teilergebnisse sind und daß ihre Aufbereitung nur mit einer zeitlichen Verzögerung um 1 bis 2 Jahre nach der Eröffnung des Verfahrens möglich ist. Die in der obigen Tabelle dargestellten Zahlen beziehen sich also - abweichend vom allgemeinen Berichtszeitraum - auf die Jahre 1967 bis 1970.

Der Anteil der Konkurse mit Angabe der finanziellen Ergebnisse an den insgesamt eröffneten Konkursen schwankte in der Zeit von 1967 bis 1970 zwischen 8 und 9 Zehnteln. Die festgestellten Konkursverluste erhöhten sich zunächst während des Jahres 1968 kaum und während des Jahres 1969 nur mäßig von etwa 17 Mill. DM auf 24 Mill. DM. Das Jahr 1970 brachte dann festgestellte Verluste in einem für schleswig-holsteinische Verhältnisse bisher unbekanntem Ausmaß. Aus 76 eröffneten Verfahren ergab sich ein Verlust von über 92 Mill. DM; hiervon entfielen allein auf

2 Großkonkurse im Baugewerbe und der Textilfabrikation ungedeckte Forderungen in Höhe von 47 Mill. DM. In diesem Ergebnis sind Ansprüche, die gleichermaßen gegen eine Gesellschaft und einen Gesellschafter erhoben wurden, nur einmal enthalten. Außerdem sind die Verluste aus mangels Masse abgelehnten und daher nicht eröffneten Konkursverfahren nicht enthalten.

Von den geltend gemachten anerkannten Forderungen waren etwa ein Zehntel bevorrechtigt und neun Zehntel nicht bevorrechtigt. Ein Blick auf die Tabelle zeigt, daß die bevorrechtigten Forderungen, die nach der Konkursordnung vorweg zu befriedigen sind, im Schnitt noch zu 22 bis 65% von den Gemeinschuldnern abgegolten werden konnten. Die nicht bevorrechtigten Forderungen waren dagegen fast ungedeckt. Das trifft insbesondere für das Jahr 1970 mit seinen gewichtigen Millionenkonkursen zu. Die Deckungsquote von nur 4% führt deutlich vor Augen, daß nicht bevorrechtigte Forderungen gegen einen Konkurschuldner in der Regel bis auf einem minimalen Betrag verloren sind.

Klaus Scheithauer

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht J 11 enthalten. Vergleiche auch: "Die Zahlungsschwierigkeiten in den Jahren 1965 bis 1967" in dieser Zeitschrift 1968, S. 136 (Juni) und "Zahlungsschwierigkeiten 1971" in Wirtschaft und Statistik 1972, S. 194 (März)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

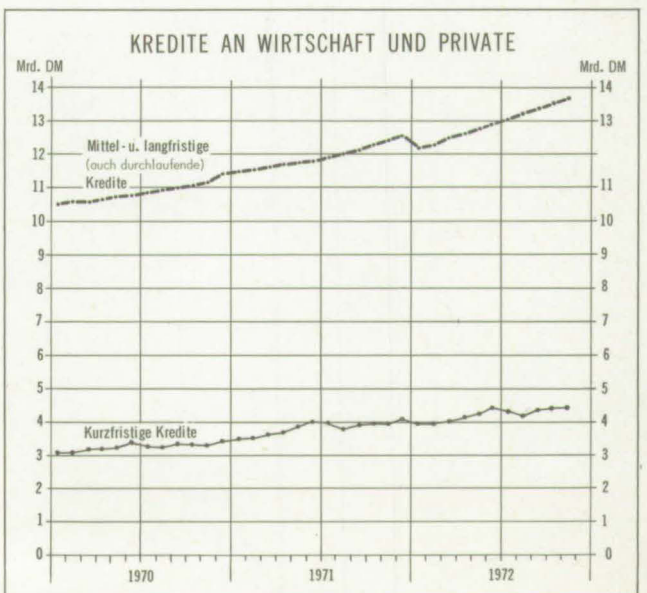
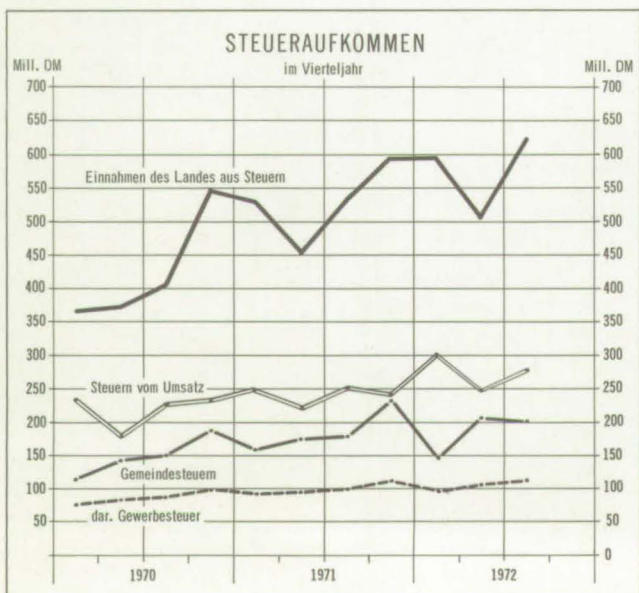
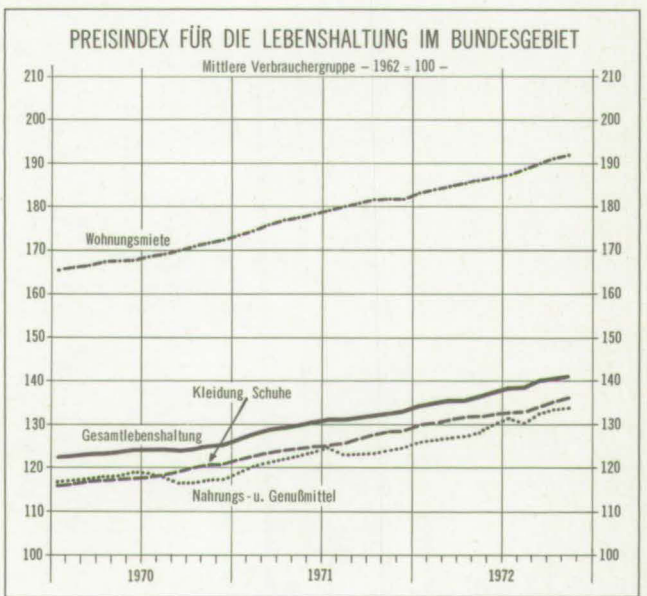
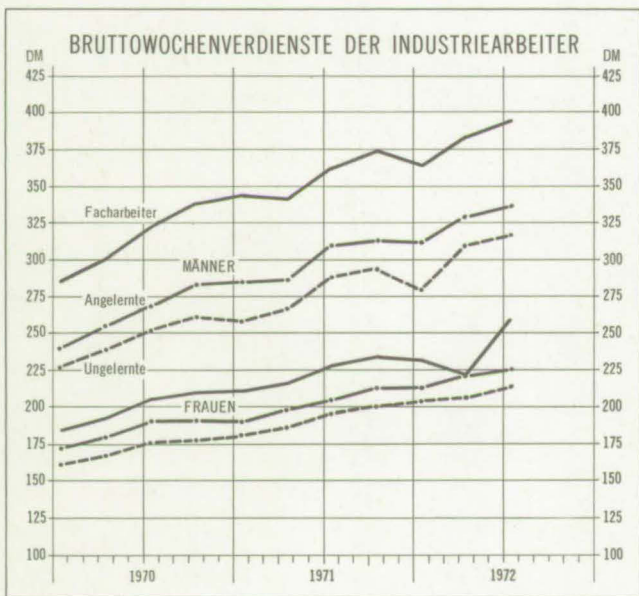
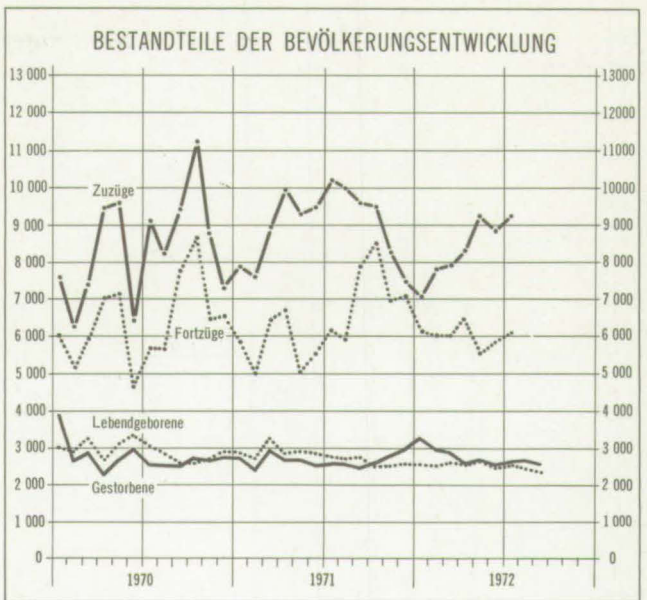
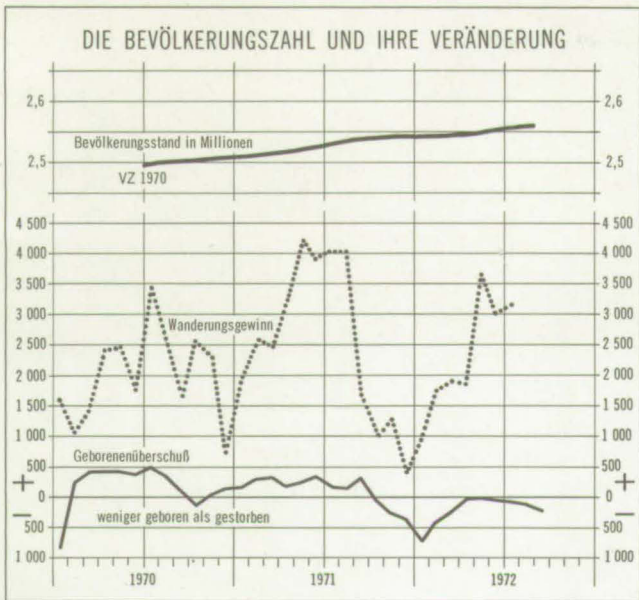
0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

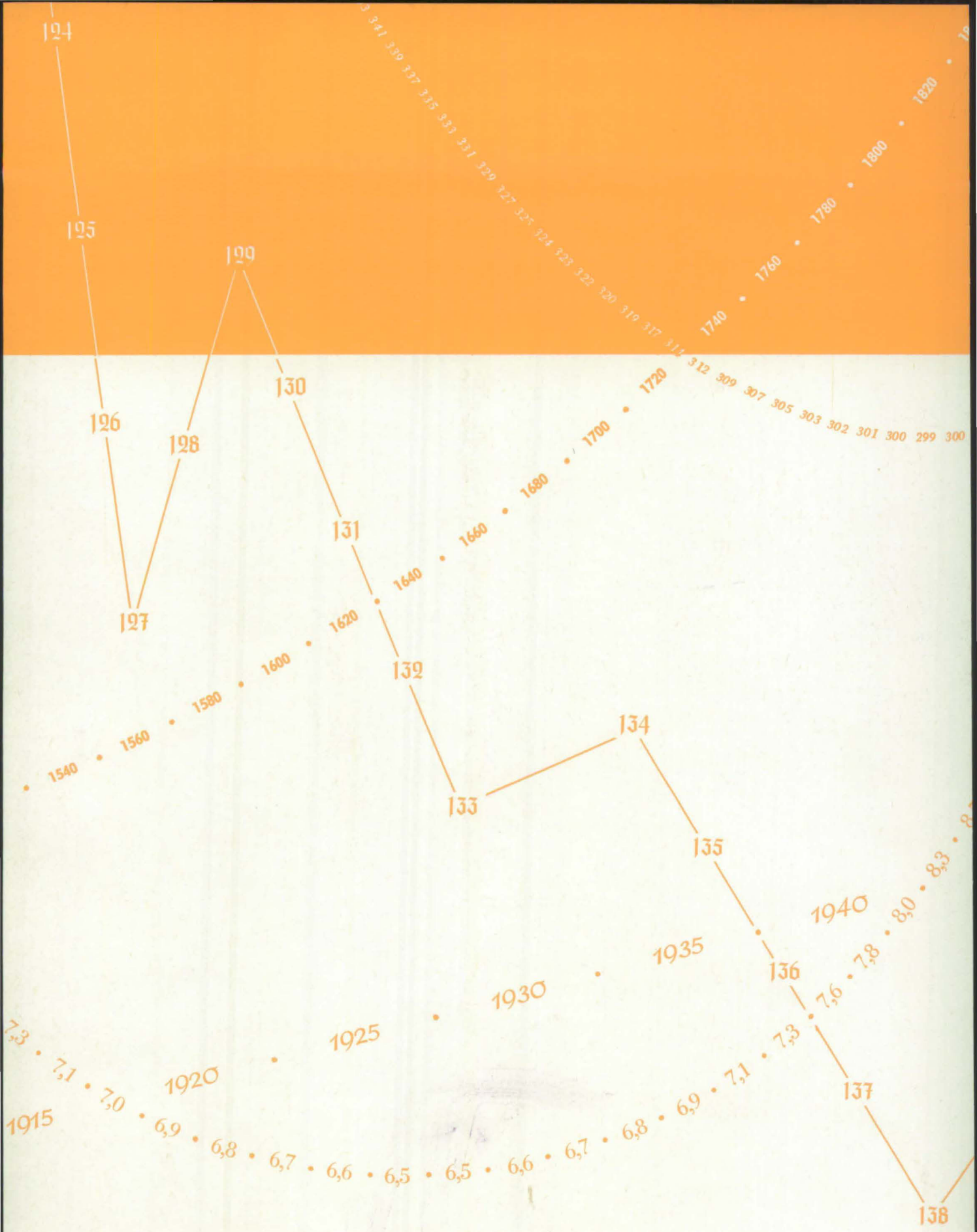
. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheja
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen